

## Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

El-Mafaalani, Aladin; Fathi, Alma; Mansour, Ahmad; Müller, Jochen; Nordbruch, Götz; Waleciak, Julian

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

El-Mafaalani, A., Fathi, A., Mansour, A., Müller, J., Nordbruch, G., & Waleciak, J. (2016). *Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit*. (HSFK-Report, 6/2016). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46683-7>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report Nr. 6/2016

# **Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit**

Aladin El-Mafaalani/Alma Fathi/Ahmad Mansour/  
Jochen Müller/Götz Nordbruch/Julian Waleciak

Das diesem Report zugrundeliegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UG1502 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

*Zitierhinweis:*

Aladin El-Mafaalani, Alma Fathi, Ahmad Mansour, Jochen Müller, Götz Nordbruch, Julian Waleciak: Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, HSFK-Report Nr. 6/2016 (HSFK-Reportreihe „Salafismus in Deutschland“, hrsg. von Janusz Biene, Christopher Daase, Svenja Gertheiss, Julian Junk, Harald Müller).

© Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse:

HSFK • Baseler Straße 27–31 • 60329 Frankfurt am Main • Deutschland  
Telefon: +49 69 959104-0 • Fax: +49 69 558481  
E-Mail: [SiD@hsfk.de](mailto:SiD@hsfk.de) • Internet: [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de)

ISBN: 978-3-946459-02-6

6,00 €

## **HSFK-Reportreihe „Salafismus in Deutschland“**

herausgegeben von Janusz Biene, Christopher Daase, Svenja Gertheiss, Julian Junk und Harald Müller

Die sechs Beiträge dieser HSFK-Reportreihe bieten eine umfassende Bestandsaufnahme des Wissens zu den breit diskutierten Phänomenen von Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Folgende zentrale Aspekte werden beleuchtet: die Datenlage, Organisations- und Rekrutierungsformen, Radikalisierungsprozesse, Rechtfertigungsnarrative, transnationale Vernetzung und Präventions- und Deradikalisierungsarbeit. Die Autorinnen und Autoren schließen ihre jeweiligen Analysen mit konkreten Handlungsempfehlungen für Politik, Sicherheitsbehörden, Verwaltungen, Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft.

Die Zusammenführung eines bislang eher fragmentarisch vorhandenen Wissensstandes ist auch deshalb wichtig, weil der Begriff „Salafismus“ in den letzten Jahren zwar Teil der öffentlichen Debatte geworden ist, oftmals aber unscharf oder überspitzt verwendet wurde. Den zuvor gebräuchlicheren (aber anders gelagerten) Begriff des „Islamismus“ ablösend, rückte Salafismus schnell in die Nähe von Extremismus, Gewalt und Terrorismus. Dies wird der Heterogenität der salafistischen Bewegung nicht gerecht. Obwohl deren Mitglieder die Errungenschaften der Aufklärung wie Demokratie und Menschenrechte sowie Traditionen des sunnitischen Islam ablehnen, sind sie sich in der Wahl der Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele keineswegs einig: Die Bereitschaft zur Legitimierung und Anwendung von politischer Gewalt ist nicht in allen salafistischen Strömungen und Gruppierungen ausgeprägt. Als dschihadistische Salafisten – kurz: Dschihadisten – wird nur eine kleine, aber sehr öffentlichkeitswirksame und sicherheitspolitisch relevante Minderheit der salafistischen Bewegung bezeichnet. Viele Anhängerinnen und Anhänger des Salafismus in Deutschland lehnen die von Dschihadisten gepredigte Militanz ab.

Die unterschiedlichen Perspektiven auf Salafismus und Dschihadismus bilden sich auch in den Beiträgen der HSFK-Reportreihe ab. So wird beispielsweise Salafismus je nach Erkenntnisinteresse als religiöse Strömung, als Ideologie oder als Bewegung verstanden und der Fokus auf extremistische Einstellungen oder auf gewaltlose bzw. gewaltsame Handlungen gelegt. Die Beiträge eint ein breites Verständnis von Salafismus als transnationaler, fundamentalistischer und moderner Strömung im sunnitischen Islam. Der Begriff geht auf das arabische *as-salaf aš-sālih* („die frommen Altvorderen“) zurück. Zwar nehmen alle Muslime für sich in Anspruch, sich am Vorbild des Propheten Muhammad und der ihm nachfolgenden Gefährten zu orientieren, Salafisten allerdings behaupten, dass nur sie die Nachfolge authentisch angetreten hätten und daher die einzigen „wahren Muslime“ seien. Dschihadismus lässt sich verstehen als Ideologie, derzufolge Gewalt gegen „Ungläubige“ theologisch legitim und wirksam, ja sogar notwendig ist. Begründet wird die Gewaltanwendung wahlweise mit der Befreiung „muslimischer“ Länder von der Unterdrückung durch den ungläubigen „Westen“, mit der Beseitigung „abtrünniger“ Herrscher oder mit der Bereinigung der muslimischen Glaubensgemeinschaft von vermeintlicher Häresie. Es bleibt festzuhalten, dass Salafismus und Dschihadismus keinesfalls begrifflich gleichzusetzen sind. Genauso wenig gibt es einen monolithischen Salafismus: Die salafistischen Bewegungen in Deutschland legen Prinzipien der Glaubens- und Rechtslehre

unterschiedlich aus, streiten um die Frage der Gewalt und zeichnen sich durch sich wandelnde Organisationsstrukturen, Konflikte und Informalität aus.

Die Beiträge dieser Reihe bedienen sich allesamt eines differenzierten Blicks auf Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Die Autorenteam sind interdisziplinär und heterogen hinsichtlich ihrer eher wissenschaftlichen oder eher praxisbezogenen Expertise. Die Autorinnen und Autoren sind Teil eines vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung koordinierten Forschungsverbunds „Salafismus in Deutschland: Forschungsstand und Wissenstransfer“, welcher vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.

In der HSFK-Reportreihe „Salafismus in Deutschland“ sind erschienen:

*HSFK-Report Nr. 1/2016*

*Klaus Hummel, Melanie Kamp, Riem Spielhaus  
Herausforderungen der empirischen Forschung zu Salafismus. Bestandsaufnahme und  
kritische Kommentierung der Datenlage*

*HSFK-Report Nr. 2/2016*

*Marwan Abou Taam, Claudia Dantschke, Michael Kreutz, Aladdin Sarhan  
Kontinuierlicher Wandel. Organisation und Anwerbungspraxis der salafistischen  
Bewegung*

*HSFK-Report Nr. 3/2016*

*Wolfgang Frindte, Brahim Ben Slama, Nico Dietrich, Daniela PISOIU, Milena Uhlmann,  
Melanie Kausch  
Wege in die Gewalt. Motivationen und Karrieren salafistischer Jihadisten*

*HSFK-Report Nr. 4/2016*

*Christoph Günther, Mariella Ourghi, Susanne Schröter, Nina Wiedl  
Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und mögliche Gegennarrative*

*HSFK-Report Nr. 5/2016*

*Rüdiger Lohlker, Amr El Hadad, Philipp Holtmann, Nico Prucha  
Transnationale Aspekte von Salafismus und Dschihadismus*

*HSFK-Report Nr. 6/2016*

*Aladin El-Mafaalani, Alma Fathi, Ahmad Mansour, Jochen Müller, Götz Nordbruch,  
Julian Waleciak  
Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit*

## Zusammenfassung

Die Ideologie und Bewegung des Salafismus stellt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Dieser Report gibt einen Überblick über bestehende Ansätze und Erfahrungen der Prävention und Deradikalisierung im Kontext salafistischer Ansprachen und Radikalisierungen. Dabei geht es zunächst um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Maßnahmen und Interventionen, die Radikalisierungsprozessen vorbeugen und entgegenwirken. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Bedeutung von stigmatisierenden Diskursen über „den“ Islam und „die“ Muslime hingewiesen („Logik des Verdachts“), die eine Identifikation von Muslimen mit der Gesellschaft erschweren. Ähnlich problematisch erscheint eine Verkürzung des Phänomens auf sicherheitspolitische Fragen, in denen der weitere gesellschaftliche Kontext von Radikalisierungsprozessen – und damit möglicher pädagogischer und gesellschaftlicher Interventionen – ausgeblendet wird.

Der Beitrag unterscheidet zwischen Ansätzen der Prävention und Distanzierungsarbeit bzw. Deradikalisierung. Während Prävention im Vorfeld und in Frühphasen ansetzt, richten sich Distanzierungsarbeit und Deradikalisierung auf Personen, die bereits in salafistischen Szenen aktiv sind und entsprechende Ideologie und Handlungsweisen übernommen haben.

*Prävention* zielt darauf, Alternativen zu salafistischen Deutungs- und Gemeinschaftsangeboten sichtbar zu machen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Sie wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene unabhängig von Religion und Herkunft, die im Zusammenhang mit jugendphasentypischen Suchbewegungen und Konflikten mit salafistischen Ansprachen in Kontakt kommen können. Präventive Ansätze beinhalten sowohl inhaltliche Auseinandersetzungen mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen wie auch die Förderung eines reflektierten Umgangs mit Fragen von Religion, Identität und Zugehörigkeit. Zudem spielen die Stärkung von sozialen und kommunikativen Kompetenzen u.a. im Umgang mit gesellschaftlichen und kulturellen Unterschieden sowie individuelle Hilfestellungen in persönlichen und familiären Konfliktlagen eine wichtige Rolle. Die Vielschichtigkeit der notwendigen Angebote spiegelt sich in der Vielzahl der Handlungsfelder und Akteure. Sie umfasst neben der Schule, politischer und religiöser Bildung und Jugend- und Sozialarbeit u.a. auch muslimische Gemeinden, Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen und der Polizei. Zugleich beschränkt sich Prävention nicht auf eine Arbeit mit potenziell „gefährdeten“ Jugendlichen und jungen Erwachsene, sondern erfordert eine gesellschaftliche Öffnung, die Partizipation und Chancengleichheit unabhängig von Religion und Herkunft ermöglicht. Prävention salafistischer Einstellungen beinhaltet Antidiskriminierungspolitik und interkulturelle Öffnung.

Auch im Bereich der *Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit* lassen sich unterschiedliche Ansätze ausmachen, die in den vergangenen Jahren in der Arbeit mit bereits radikalisierten Personen erprobt wurden. Anders als die Distanzierungsarbeit, die eine Abwendung von Gewalt anstrebt, zielt Deradikalisierung ausdrücklich auch auf eine ideologische Veränderung im Sinne einer Abkehr von salafistischen Einstellungen und Orientierungen. Für die Entwicklung entsprechender Ansätze lässt sich an die Erfahrungen aus der Ausstiegsarbeit im Bereich des Rechtsextremismus und aus der Arbeit mit

Angehörigen von Sekten zurückgreifen. In Deutschland verfügen verschiedene Träger über mehrjährige Erfahrungen. Dabei lassen sich zunächst systemische Beratungsansätze von Ansätzen aufsuchender Jugendarbeit unterscheiden. Der systemische Ansatz bezieht das soziale Umfeld der betroffenen Person ein und versucht über Angehörige und Freunde positiv auf die Person einzuwirken. Er interveniert auf affektiver, pragmatischer und ideologischer Ebene und zielt auf eine Distanzierung von extremistischen Positionen bei gleichzeitiger Reintegration in die Gesellschaft. Die Besonderheit aufsuchender Ansätze liegt insbesondere darin, dass sie nicht vorrangig Angehörige, sondern radikalisierte Personen über lebensweltnahe Ansprachen und niedrigschwellige Angebote selbst adressieren. Religiöse Ansätze, wie sie u.a. in Saudi-Arabien verfolgt werden, konzentrieren sich hingegen auf theologische Auseinandersetzungen mit salafistischen Orientierungen und lassen sich vor dem Hintergrund der vielfältigen Hintergründe von Radikalisierungsprozessen in Deutschland nur bedingt auf den hiesigen Kontext übertragen.

Ausgehend von diesen Erfahrungen werden Handlungsempfehlungen formuliert, die die Bereiche Forschung und Evaluation sowie Politik und pädagogische Praxis betreffen. So stellt der Mangel an Grundlagenforschung zu den Hintergründen und Dynamiken von Radikalisierungsprozessen eine besondere Herausforderung für die Entwicklung und Umsetzung von präventiven und deradikalisierenden Ansätzen dar. In ähnlicher Weise wäre eine angewandte Forschung von Nöten, die die bestehenden Ansätze und Erfahrungen auswertet und mit Blick auf ihre Wirkungen evaluiert. Auf politischer Ebene erscheint eine gesamtgesellschaftliche Verankerung präventiver und deradikalisierender Ansätze von besonderer Bedeutung. Dies umfasst die Einbindung unterschiedlicher Akteure genauso wie die langfristige und flächendeckende Implementierung unterschiedlicher Ansätze in Projekten und Regelangeboten der Bildungsarbeit und Jugendhilfe. Hierzu gehört auch die gezielte Einbindung der Thematik in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sowie die Integration entsprechender Themen in Lehrpläne und Lernmaterialien. Zugleich beschränken sich Prävention und Deradikalisierung nicht auf Veränderungen „gefährdeter“ oder bereits radikalisierte Personen. Ebenso wichtig sind Veränderungen des öffentlichen Diskurses und politischer Rahmenbedingungen, die einer Teilhabe und Zugehörigkeit von Menschen muslimischen Glaubens und Menschen mit Migrationsgeschichte entgegenstehen.

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1	Allgemeine Relevanz und Rahmenbedingungen	1
1.2	Gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskussion	2
1.3	Unterscheidungen und differenzierte Zugänge	3
2.	Forschungsstand Prävention	5
2.1	Grundlagen: Ziele und Zielgruppen	5
2.2	Ansätze	5
2.2.1	Handlungsfeld Schule	6
2.2.2	Handlungsfeld Jugend- und Sozialarbeit	11
2.2.3	Handlungsfeld Gemeindearbeit	13
2.2.4	Weitere Handlungsfelder	14
3.	Forschungsstand Deradikalisierung	15
3.1	Definition Deradikalisierung	15
3.2	Methodische Ansätze	17
3.2.1	Systemische Beratungsansätze	17
3.2.2	Aufsuchende Jugendarbeit	18
3.2.3	Religiöse Angebote	19
3.2.4	Europäische Ansätze der Deradikalisierung	20
4.	Lernerfahrungen aus der Forschung zu Sekten und Rechtsextremismus	21
4.1	Erkenntnisse und Lernerfahrungen aus der Forschung zu „Sekten“	22
4.2	Erkenntnisse und Lernerfahrungen aus der Forschung zu Rechtsextremismus	24
5.	Fazit	25
6.	Handlungsempfehlungen	26
6.1	Forschung und Evaluation	27
6.2	Politische und pädagogische Praxis	28
	Literatur	31





# 1. Einleitung

## 1.1 Allgemeine Relevanz und Rahmenbedingungen

Religiöser Extremismus stellt die Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Dies liegt zum einen darin begründet, dass asynchrone Entwicklungen im Hinblick auf die Rolle der Religionen beobachtbar sind: Die kontinuierliche Säkularisierung der christlichen Mehrheit und der gleichzeitig kontinuierliche Bedeutungszuwachs religiöser Praktiken und Identitäten für einen größeren Teil der muslimischen Minderheit – insbesondere in den jüngeren Generationen. Zum anderen lässt sich kaum erkennen, ob und inwieweit es sich bei religiösem Extremismus um ein globales, europäisches oder nationales Problem handelt: Während das quantitative Wachstum extremistischer Strömungen sowohl in der „islamischen Welt“ als auch in der „westlichen Welt“ stattzufinden scheint, lassen sich in Bezug auf qualitative Kriterien deutliche Unterschiede feststellen – etwa in Bezug auf Mehrheit-Minderheit-Verhältnisse, gesellschaftliche Rolle und Relevanz von Religion und Religiosität, Organisationsgrad und gesellschaftliche Etablierung.

Entsprechend werden ganz unterschiedliche Politikbereiche und -ebenen berührt, weshalb sich die Bereiche Prävention und Deradikalisierung als Querschnittsaufgaben darstellen. Die Relevanz dieses Themas bezieht sich auf alle politischen Ebenen (Europa-, Bundes-, Landes-, Kommunalpolitik) sowie auf unterschiedliche politische Felder (Innen- und Sicherheitspolitik, Außen- und Europapolitik, Gesellschafts- und Bildungspolitik).

Analog zu anderen Radikalisierungsprozessen handelt es sich bei der religiös begründeten Radikalisierung um gesellschaftliche Gegenbewegungen, die mit Demokratiedistanz bzw. Demokratiefeindlichkeit einhergehen. Auf der anderen Seite spielen Aspekte wie Diskriminierung, Ausgrenzung und Islamfeindlichkeit als Ausgangspunkt von Radikalisierungsprozessen eine relevante Rolle. Prävention und Deradikalisierung bewegen sich an der Schnittstelle vom Politischen und Religiösen. Daher sind sowohl die politische als auch die religiöse Bildung relevant, ebenso die politisch-gesellschaftlichen und religiös-theologischen Diskursebenen.

Gleichzeitig sind begriffliche und inhaltliche Präzision und Interdependenzen von besonderer Bedeutung. Zu schnell wird religiöse Radikalisierung mit „dem Islam“ erklärt oder in den allgemeinen Integrationsdiskurs verschoben. Dadurch läuft man Gefahr, nicht nur jede Form der Religiosität unter Generalverdacht zu stellen, sondern zudem auch die besondere Attraktivität radikaler Strömungen für Jugendliche zu übersehen.

Um geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, müssten sich Fachkräfte zunächst in ihren Aus- und Fortbildungen deutlich intensiver mit den Themenbereichen beschäftigen. Hier gilt es, Wissensbestände und Handlungsansätze im Hinblick auf religiöse Strömungen und Praxen sowie in Bezug auf die Lebenswelten und sozialen Problemlagen von muslimischen Jugendlichen aufzubauen und zu erweitern. Darüber hinaus fehlen bisher wissenschaftliche Bewertungen von Erfolg bzw. Misserfolg professioneller Handlungspraxis und praktischer Erfahrungen. Aufgrund des Mangels an empirischen Daten zu Ausstiegsprozessen im Bereich Salafismus werden im Nachfolgenden zusätzlich Erfahrungen zu Ausstiegen aus totalitär strukturierten Gruppierungen, den sogenannten „Sekten“ und

rechtsextremen Gruppierungen herangezogen. Hierbei liegt der Fokus auf den Ansätzen und Theorien, deren Ergebnisse möglicherweise auch für den Ausstieg aus salafistischen bzw. dschihadistischen Gruppen relevant sein könnten. Diese können aber nicht immer ohne eine Adaption relevanter Kontexte auf den neuen Problemkontext übertragen werden.

## **1.2 Gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskussion**

Gerade aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz ist es wichtig, Prävention und Deradikalisierung klarer zu bestimmen. Dies betrifft sowohl Forschungsansätze zu der Wirksamkeit verschiedener Methoden und Arbeitsweisen mit verschiedenen Zielgruppen als auch die Definition von konkreten Zielen für eine Prävention oder Deradikalisierung. Die Präzisierung des Gegenstands und der damit zusammenhängenden Begriffe ist für eine bessere Erfassung des gesamten Themenkomplexes notwendig. Dabei sollten die Überschneidungen, wie auch die Differenzen zwischen den beiden Handlungsansätzen betrachtet und klar benannt werden.

Im öffentlichen Diskurs wird eine Reihe von kontroversen Positionen zur Prävention und Intervention im Themenfeld vertreten. Muslime werden unter einen Generalverdacht gestellt, lautet ein häufig geäußelter Kritikpunkt. In der „Logik des Verdachts“, die der Prävention potenziell zugrunde liegt, sieht Kiefer eine grundlegende Problematik, die in einer Fokussierung auf Muslime zum Ausdruck käme (Kiefer 2013: 102). Dieser Vorwurf bezieht sich sowohl auf die öffentliche Diskussion als auch auf die Struktur von Maßnahmen gegen religiös begründeten Extremismus. Dies gilt etwa in Bezug auf die Auseinandersetzung darüber, ob der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht, oder auch bei pauschalen Fragestellungen, die sich um die Verfassungstreue von Musliminnen und Muslimen in Deutschland drehen. Solche unglücklichen Vorgehensweisen eignen sich zudem als Propagandamaterial für salafistische Akteure – dies gilt etwa auch für Publikationen des Verfassungsschutzes.<sup>1</sup>

Die Anknüpfungspunkte für Gegenmaßnahmen werden in verschiedenen Bereichen und Ebenen gesehen. Hierzu gehören theologische Diskurse und religiöse Handlungsmuster genauso wie politische Bildung, individuelle Hilfen in familiären, schulischen oder biografischen Krisen, die Thematisierung und Bekämpfung sozialer Problemlagen, struktureller Benachteiligung und Diskriminierung sowie Islamfeindlichkeit im Speziellen.

1 Während Muslime in der öffentlichen Wahrnehmung nicht selten im Kontext von Konflikten und Gewalt thematisiert werden, findet sich unter muslimischen Jugendlichen oft das Narrativ einer „globalen Opfergemeinschaft“ der Muslime. Demnach würden Muslime, selbst dort, wo sie die Mehrheit bilden, unterdrückt. Die soziale Benachteiligung und die islamfeindliche Stimmung in weiten Teilen der europäischen Staaten kommen hinzu. Die vermeintlich fehlende Solidarität mit Muslimen in den Kriegen bzw. Konflikten in Tschetschenien, Bosnien und Syrien sowie mit dem Nahostkonflikt wird als Beleg für die Doppelmoral „westlicher Politik“ angeführt. Auf Jugendliche wirken diese Argumentationen häufig überaus plausibel, auch deshalb, weil sie nicht vollständig falsch sind. Daher ist es von besonderer Relevanz, diese für die betreffenden Jugendlichen wichtigen Themen in Schule und Jugendarbeit zu integrieren (El-Mafaalani 2010, 2014).

### 1.3 Unterscheidungen und differenzierte Zugänge

In einer idealtypischen Herangehensweise lassen sich Radikalisierungsprozesse in verschiedene Stufen bzw. Phasen unterteilen, wobei die Differenzlinien fließend sind und zum Teil von gesellschaftlichen Setzungen abhängen. Diese Prozesshaftigkeit von Radikalisierung wurde unterschiedlich beschrieben (u.a. Baran 2005; McCauley/Moskalenko 2008). Darüber hinaus müssen radikale Ideologien und Wertesysteme (inhaltliche bzw. kognitive Dimension) von radikalen Handlungen (methodisch) unterschieden werden.

Der Weg von Demokratiedistanz zur Demokratiefeindlichkeit bis hin zum religiösen Fundamentalismus und letztlich zum gewaltbereiten Extremismus ist ein kaum präzise beschreibbarer Prozess. Noch unklarer ist die Deutung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen politischer bzw. religiöser Motivation und Gewaltanwendung. Während es Positionen gibt, die eine politische Radikalisierung als notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Bedingung für gewaltbereiten Extremismus beschreiben, wird von anderen argumentiert, dass gewaltbereite Extremisten nicht in gleichem Maße ideologisiert sind und damit auch viele andere Motive für die Gewaltanwendung zu berücksichtigen sind (u.a. etwa Gruppenzwänge oder eine nachträgliche Rechtfertigung einer ohnehin bestehenden Gewaltaffinität). Eine Linearität von Radikalisierungsprozessen kann entsprechend nicht ohne Weiteres angenommen werden (Neumann 2013).<sup>2</sup>

Diese unklaren Zusammenhänge und mehrdimensionalen Mechanismen im Kontext von Radikalisierungsprozessen erschweren die Konzeption von Gegenstrategien. Weitgehende Einigkeit besteht in der Notwendigkeit einer Vielzahl von Ansätzen und Maßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen und Handlungsfeldern ansetzen. Diese lassen sich zunächst durch die Unterscheidung zwischen Prävention und Deradikalisierung ordnen. Diese Unterscheidung lässt sich in der gängigen systematischen Vorgehensweise (wie sie beispielsweise in der Gewalt- oder Gesundheitsprävention angewandt wird) folgendermaßen fassen (überblicksartig Uhl 2005; Schreithauer et al. 2012):

- *Primäre Prävention*: Hier orientieren sich alle Bemühungen dahin, die Resilienz von Kindern und Jugendlichen zu stärken bzw. Radikalisierungsprozesse grundlegend zu verhindern. Diese Form der Prävention zielt in relativ unspezifischer Weise darauf, Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeit zu stärken und damit das allgemeine Risiko für eine Anfälligkeit zu verringern. Hierbei handelt es sich in der Regel um thematisch offene und um nicht zielgruppenspezifische Angebote, bei denen von den Fachkräften ein vergleichsweise geringes Spezialwissen erforderlich ist.
- *Sekundäre Prävention*: In diesen Bereich fallen zum einen alle Maßnahmen, die erste Radikalisierungsprozesse in einem frühen Stadium erkennen und bearbeiten, zum anderen aber auch solche, bei denen zielgruppenspezifisch gearbeitet wird, in der Regel mit Jugendlichen, die einer Risikogruppe zugeordnet werden.

2 Zu Radikalisierungsprozessen siehe auch Nr. 3 der HSFK-Reportreihe „Salafismus in Deutschland“.

- *Tertiäre Prävention* (Distanzierung und Deradikalisierung): Hierbei handelt es sich nicht mehr um Prävention im engeren Sinne, sondern um Vermeidung einer weiteren Eskalation (insbesondere von Gewaltanwendung) in einem weit fortgeschrittenen Radikalisierungsprozess (Distanzierung/Demobilisierung) sowie um eine ideologische Deradikalisierung bereits radikaler bzw. extremistischer Jugendlicher.

**Tabelle 1: Präventionstypen**

	Zielgruppe	Inhalt/ Vorgehen	Ziele
<b>Primäre Prävention</b> (universelle Prophylaxe)	offen	allgemein/ universell	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Persönlichkeitsentwicklung</li> <li>– Wissensvermittlung</li> <li>– Kompetenzentwicklung</li> <li>– Empowerment</li> </ul>
<b>Sekundäre Prävention</b> (spezifische Prophylaxe)	Risiko- gruppe	spezifisch/ selektiv	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Identifikation von Auffälligkeiten bzw. Anfälligkeiten und präventive Intervention</li> </ul>
<b>Tertiäre Prävention</b> (Eskalations-/ Rückfallprophylaxe)	radikale/ extremisti- sche Jugendliche	hoch- spezifisch/ indiziert (individuell)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>Distanzierung</i>, d.h. „Schadensbegrenzung“: Intervention zur Vermeidung von Gewalt (Demobilisierung)</li> <li>– <i>Deradikalisierung</i> im engeren Sinne: Exit-Programme, Rehabilitations-/Resozialisierungsprogramme</li> </ul>

Im Folgenden werden zunächst Präventionsmaßnahmen im engeren Sinne beschrieben (2). Angesichts der Schwierigkeit einer Differenzierung von Ansätzen der primären und sekundären Prävention in der praktischen Umsetzung der Ansätze wird hier von einer weiteren Differenzierung des Präventionsbegriffs abgesehen. Anschließend werden die Vorgehensweisen im Arbeitsfeld der Distanzierung und Deradikalisierung skizziert (tertiäre Prävention) (3). Im Abschnitt 4 wird untersucht, welche Erkenntnisse aus der Forschung zu „Sekten“ (4.1) und zu Rechtsextremismus (4.2) lehrreich sind. Auf das Fazit des vorliegenden Reports (5) folgen handlungsrelevante Empfehlungen (6).

## 2. Forschungsstand Prävention

### 2.1 Grundlagen: Ziele und Zielgruppen

Präventionsarbeit im Sinne einer primären und sekundären Prävention setzt im Vorfeld bzw. in Frühphasen von Radikalisierungsprozessen an und zielt auf eine Förderung von sozialen, kognitiven und handlungsorientierten Kompetenzen. In einem Eckpunktepapier der Arbeitsgruppe „Prävention mit Jugendlichen“ der Deutschen Islam Konferenz heißt es zu den Zielen von präventiven Projekten:

„Jugendliche unabhängig von ihrer Religion und Weltanschauung sollen befähigt werden, sich kritisch bzw. reflektierend mit der eigenen Identität auseinanderzusetzen, eigene Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und selbstbewusst für ein friedliches und respektvolles Miteinander einzutreten. Die geförderten Maßnahmen sollen Jugendliche in ihrer Rolle als gesellschaftspolitische Akteure wahrnehmen sowie ihre Potentiale nutzen und Kompetenzen stärken, sich mit den Phänomenen Muslimfeindlichkeit, Islamismus im Sinne eines religiös begründeten Extremismus unter Muslimen und Antisemitismus auseinanderzusetzen.“

(Deutsche Islam Konferenz 2013: 3)

Soziale Einbindung und politische Teilhabe als „gesellschaftspolitische Akteure“ gelten damit ebenso wie die Förderung eines reflektierten Werte- und Normenverständnisses und eigenverantwortlichen Handelns als wichtige Leitbilder. Damit beziehen sich diese Ansätze ausdrücklich auch auf soziale, kommunikative und emotionale Aspekte, die eine Hinwendung zu radikalen religiösen Strömungen begünstigen können.

Die Abgrenzung von Prävention und Deradikalisierung spiegelt sich in der Definition der Zielgruppe präventiver Ansätze. Angesichts der großen Reichweite salafistischer Online-Medien und der Sichtbarkeit salafistischer Initiativen im öffentlichen Raum ist eine Eingrenzung der Zielgruppe auf einen bestimmten Personenkreis beispielsweise anhand von Religionszugehörigkeit, Nationalität und ethnischer Herkunft oder sozialer Lage problematisch. Aktuelle Studien zu Radikalisierungsverläufen sowie Erfahrungen aus der Bildungs- und Sozialarbeit machen die Vielfalt der Faktoren sichtbar, die eine Radikalisierung begünstigen können (siehe dazu u.a. Herding 2013). Vor diesem Hintergrund wendet sich Prävention zunächst an alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die durch jugendtypische Krisen, Diskriminierungs- und Entfremdungserfahrungen, familiäre Konflikte oder Suchbewegungen am Übergang zum Berufs- und Familienleben für rigide Gemeinschaftsvorstellungen und manichäische Weltbilder empfänglich sind.

### 2.2 Ansätze

Die Erfahrungen aus der Präventionsarbeit bestätigen die Überschneidungen mit allgemeinen Ansätzen der Demokratie-, Antigewalt- und Antidiskriminierungspädagogik, die auf einen reflektierten Umgang mit Fragen von Identität, Zugehörigkeit und Wertorientierungen sowie die Stärkung sozialer und kommunikativer Kompetenzen abzielen. Salafismusprävention ist insofern Teil einer emanzipatorischen Erziehung im Kontext von kultureller und religiöser Vielfalt (siehe unten).

Dennoch lassen sich Spezifika ausmachen, die durch die religiöse Prägung des Phänomens und die besonderen Erfahrungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationsgeschichten als wichtige Adressaten salafistischer Angebote bedingt sind. Angesichts der besonderen religiösen Begründungen und Motivationen salafistischer Orientierungen spielt die Frage nach dem Einfluss einer religiösen Sozialisation und damit auch die Relevanz religiöser Akteure in der Präventionsarbeit eine wichtige Rolle. Die Bedeutung von Diskriminierungs- und Entfremdungserfahrungen in religiösen Radikalisierungsprozessen markiert eine weitere Besonderheit. Dabei geht es nicht allein um Formen sozialer Desintegration, wie Amir Fahim herausstellt: In der angelsächsischen Forschung sei vor allem auch auf die Rolle von „*grievances*“ im Sinne einer Unzufriedenheit mit und Frustration über gesellschaftliche und politische „Missstände“ als Ausgangspunkte für Radikalisierungen hingewiesen worden (Fahim 2013: 43–48). Diese Feststellung ist auch für die Ausrichtung präventiver Ansätze von Bedeutung. Während das Ziel einer „gelungenen Integration“ vor allem auf eine verstärkte Integrationsleistung der Betroffenen abstellt, erfordert die Anerkennung von „*grievances*“ eine gesamtgesellschaftliche Antwort. Vor diesem Hintergrund zielt Präventionsarbeit zum Phänomen des Salafismus nicht allein auf eine Immunisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern beinhaltet auch eine Veränderung gesellschaftlicher Diskurse und Rahmenbedingungen, die einer Teilhabe und der Identifikation von Muslimen und Migranten mit der Gesellschaft entgegenstehen (siehe dazu z.B. auch Demirel/Niehoff 2013: 35; ufuq.de 2015: 35–37). Präventionsarbeit im Sinne eines Empowerments von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationsgeschichten und/oder muslimischer Religionszugehörigkeit erfordert danach eine bewusste Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Widersprüchen sowie eine gesellschaftliche Öffnung, die reale Chancen von Partizipation und Mitgestaltung unabhängig von Herkunft und Religionszugehörigkeit ermöglicht. Daraus ergeben sich verschiedene Handlungsfelder, in denen präventive Ansätze denkbar sind.

### 2.2.1 Handlungsfeld Schule

Schulen sind wichtige Handlungsfelder der Präventionsarbeit. Als Lernort, an den Jugendliche über Jahre verpflichtend gebunden sind, bietet die Schule einen idealen Rahmen für langfristige Angebote, ermöglicht aber zugleich zeitnahe Reaktionen auf aktuelle Kontroversen und eventuelle demokratie- und freiheitsfeindliche Einstellungen. Diese Angebote beschränken sich nicht auf Wissensvermittlung und die Förderung kognitiver Fähigkeiten. Ebenso wichtig ist die Schule für die Entwicklung sozialer Fertigkeiten und Bindungen, die eine Orientierung in der Gesellschaft und die Entwicklung von Lebensperspektiven erleichtern. Dies stellt auch an Lehrkräfte hohe Erwartungen. So definiert Kurt Edler eine „Präventionskompetenz“, die in der Prävention von und Auseinandersetzung mit radikalen Positionen notwendig sei:

„Vom demokratischen Verfassungsstaat und der aufgeklärten Republik habe ich ein persönliches Konzept, kenne Programm und Strategie des Islamismus, bin rhetorisch trainiert und kann cool bleiben, so dass ich auch in zugespitzten Situationen genug pädagogische Rollendistanz wahren kann, um meine Schüler nicht als politische Gegner zu betrachten oder zu behandeln.“

(Edler 2015: 58)

Zugleich beschreibt Edler „Grundrechtsklarheit“ als notwendige Voraussetzung von Präventionsarbeit, wobei hier ausdrücklich nicht allein die gesetzlichen Grenzen von Schülerhandeln gemeint sind, sondern auch das Wissen um deren grundgesetzlich verbrieften Rechte (Edler 2015: 56). Das oft eingeforderte Leitbild einer „demokratischen Schule“ spielt insofern auch in der Prävention und Begegnung mit salafistischen Orientierungen und Verhaltensweisen eine wichtige Rolle. Schulinterne Demokratie, die eine reale Beteiligung aller Schüler ermöglicht, sowie eine Schul- und Unterrichtsentwicklung, die die Lebenswelten und Erfahrungen auch von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte und/oder muslimischer Religiosität abbilden, bilden den institutionellen Rahmen schulischer Präventionsarbeit (Edler 2015: 70–71).

### *Religionsunterricht*

Angesichts der religiösen Rahmung salafistischer Angebote stellt sich auch im schulischen Kontext die Frage nach der Rolle von Religion in präventiven Ansätzen. Auf politischer Ebene wurde die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen wiederholt auch mit präventiven Überlegungen begründet. Aus dieser Sicht bietet ein bekenntnisorientierter Unterricht, der von den Religionsgemeinschaften unter staatlicher Aufsicht in deutscher Sprache durchgeführt wird, die Möglichkeit, ein an den hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen orientiertes Verständnis der islamischen Glaubenslehren und -praktiken zu vermitteln.<sup>3</sup> In den bisher entwickelten Lehrplänen spielen Auseinandersetzungen mit gesellschaftlicher und innerislamischer Diversität eine wichtige Rolle, über die ein positives Verständnis von kulturellen und religiösen Unterschieden sowie unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten religiöser Traditionen gefördert werden können (Kiefer 2013: 155; siehe auch Uslucan 2011: 31–33). Der Religionsunterricht fördert damit „eine Reflexion aus der Innen- und Außenperspektive [...], die Schülerinnen und Schüler in ihrer Persönlichkeit nicht beschneidet, sondern deren Persönlichkeitsentwicklung begleitet und nach Möglichkeit bereichert“ (Bauknecht 2014: 139). Erste Ergebnisse wissenschaftlicher Evaluationen des Islamunterrichts bestätigen diese Einschätzung. So weist eine Untersuchung über das Modellprojekt „Islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen, die zwischen 2005 und 2008 durchgeführt wurde, auf die „integrative Wirkung“ des Unterrichts hin (Uslucan 2011: 48).

Von islamischen Verbänden wird eine vornehmlich präventive Legitimation des islamischen Religionsunterrichts kritisiert. Die Notwendigkeit des islamischen Religionsunterrichts lässt sich aus Sicht der Verbände nicht mit sicherheitspolitischen Erwägungen begründen, sondern leitet sich vielmehr aus einem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Religionsunterricht ab, das Muslimen ähnlich wie Christen, Juden und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften unabhängig von Sicherheitsüberlegungen zusteht. Dennoch wird von Praktikern, die an der Entwicklung und Durchführung des islamischen Religionsunterrichts beteiligt sind, eine präventive Wirkung eines solchen Angebots bestätigt: „Eine wichtige Begleiterscheinung des Islamischen Religionsunterrichts (IRU) an

3 Badisches Tageblatt, 10.3.2015: Interview mit Thomas de Maizièrre: „Nicht unter Generalverdacht stellen“.



öffentlichen Schulen ist, dass er auf lange Sicht die wichtigste Maßnahme zur Prävention gegen Extremismus darstellt“ (Bauknecht 2014: 139; siehe auch Kiefer 2013: 153).

Die Rolle des Religionsunterrichts im Kontext einer Prävention salafistischer Einstellungen und Orientierungen zeigt sich auch in der Ausrichtung der Lehrveranstaltungen, die an den verschiedenen Instituten der islamischen Theologie an deutschen Universitäten angeboten werden. So organisierte beispielsweise das Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück wiederholt Fachtagungen zum Phänomen des Salafismus und zu Ansätzen der Prävention und Deradikalisierung, die sich auch an zukünftige Lehrkräfte des islamischen Religionsunterrichts richten.<sup>4</sup>

#### *Interreligiöse, interkulturelle und politische Bildung*

Die Auseinandersetzung mit religiösen Interessen und Bedürfnissen spielt allerdings nicht allein im bekenntnisorientierten Unterricht in muslimischen Lerngruppen eine Rolle. Auch in religiös und kulturell heterogenen Klassen und unabhängig vom religiösen Fachunterricht bietet sich das Gespräch über religiöse Fragen und Perspektiven an, um Reflexionsprozesse über religiöse Lehren, Werte und Praktiken anzustoßen und damit rigiden und manichäischen religiösen Orientierungen vorzubeugen. Anders als im bekenntnisorientierten Religionsunterricht geht es dabei nicht um die Vermittlung religiöser Inhalte, sondern um politische Bildung im weiteren Sinne, in der religiöse Fragen aufgegriffen werden, die sich muslimischen Jugendlichen im Alltag stellen, die aber zugleich auch für nicht-muslimische Jugendliche relevant sind und sich mit allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Themen verknüpfen lassen. Damit unterscheiden sich die Projekte, die in diesem Bereich durchgeführt werden, in der Herangehensweise an religiöse Themen. Dies betrifft insbesondere den Umgang mit religiösen Glaubenslehren und der Funktion, die ihnen im Unterricht zugesprochen wird. Während in interreligiösen Ansätzen gerade Gemeinsamkeiten und positive Aspekte religiöser Orientierungen herausgestellt und gestärkt werden, zielt eine politisch-bildnerische Auseinandersetzung auf eine gesellschaftliche Kontextualisierung religiöser Fragen, die unabhängig vom eigenen Bekenntnis zur Reflexion über Wertorientierungen, Identität und Zusammenleben anregt. Im Unterschied zum islamischen Religionsunterricht liegen für diese Projekte bisher kaum wissenschaftliche Evaluationen vor.<sup>5</sup> Die Einschätzungen basieren in der Regel auf Erfahrungen der Projektbeteiligten und interner Evaluation.

Der Ansatz, der in den vergangenen Jahren im Projekt „MAXIME Wedding“ des Violence Prevention Network verfolgt wurde, setzt insbesondere auf interreligiöse und interkulturelle Zugänge zu religiösen Themen im Ethik- und Gemeinschaftsunterricht.

4 Siehe zum Beispiel das Symposium „Politischer Salafismus. ‚Prävention und Deradikalisierung‘“, Fachtagung, 18.-19. September 2013, Universität Osnabrück ([www.islamische-theologie.uni-osnabrueck.de/](http://www.islamische-theologie.uni-osnabrueck.de/), 14.2.2016).

5 Einen anonymisierten Überblick über präventive Ansätze bietet der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“, die vom Deutschen Jugendinstitut im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde. Für den Stellenwert religiöser Inhalte in den geförderten Projekten finden sich verallgemeinernde Aussagen bei Leistner/Schau/Johansson (2014: 41–46).

Dabei werden explizit auch Glaubensinhalte in ihrer wert- und gemeinschaftsstiftenden Rolle angesprochen. Die Workshops, die von praktizierenden Muslimen, Christen und Juden durchgeführt werden, behandeln u.a. die Glaubensgrundlagen und religiösen Rituale der monotheistischen Religionen und machen „emphatisch das Gemeinsame und alle Menschen Verbindende“ sichtbar (Violence Prevention Network o.J.: 9). Konflikte und religiös begründete Ressentiments sind hier wichtige Gesprächsanlässe, wobei die Trainer-Tandems mit ihren unterschiedlichen religiösen Hintergründen als „authentische Vorbilder“ (Violence Prevention Network o.J.: 8) für eine interreligiöse Verständigung auftreten. Gerade mit Blick auf Konflikte in Schulklassen, die sich an religiösen oder konfessionellen Unterschieden festmachen – und die beispielsweise durch den Israel-Palästina-Konflikt oder den Bürgerkrieg in Syrien und Irak bestärkt werden – ermöglicht es ein solcher Ansatz, die Normalität religiöser Vielfalt herauszustellen und konstruktive Umgangsformen mit religiösen Unterschieden aufzuzeigen.

Religiöse Fragen sind auch Ausgangspunkt der Workshops, die vom Verein „ufuq.de“ in Schulen und Jugendeinrichtungen angeboten werden (Müller et al. 2014). Im Mittelpunkt stehen hier allerdings nicht Glaubensinhalte und -praktiken selbst, sondern die damit verbundenen Interessen und Bedürfnisse, die in allgemeine gesellschaftliche und ethische Fragen übersetzt werden. Anlass sind dabei nicht selten bestehende Spannungen zwischen Jugendlichen, die sich an religiösen Themen festmachen, aber auch ein allgemeines Interesse am Islam und am religiösen Alltag, das von Jugendlichen formuliert wird. Religiöse Fragen und Erfahrungen der muslimischen Schüler bilden einen lebensweltbezogenen Einstieg in politisch-bildnerische Gespräche, bei denen das Verhältnis von Islam und Demokratie, Islam und Gewalt, innerislamische Vielfalt, aber auch Erfahrungen mit antimuslimischen Ressentiments und Alltagsrassismus thematisiert werden. Gleichwohl geht es in den Workshops, die von jeweils zwei (in der Regel muslimischen) Teamern moderiert werden, nicht darum, theologische Antworten im Sinne eines vermeintlich „richtigen“ Religionsverständnisses zu geben. Religiöse Fragen dienen vielmehr als Anstoß für Gespräche über die Hintergründe von Werten, Ritualen und Normen, bei denen ausdrücklich auch nicht-religiöse Perspektiven (zum Beispiel zu den Themen Gerechtigkeit, Gleichheit oder Freiheit) sichtbar werden. Mit der Leitfrage „Wie wollen wir leben?“ werden religiöse Themen in allgemein ethische und gesellschaftliche Fragen übertragen, die letztlich für alle Schüler unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit von Bedeutung sind. Dabei kann es um demokratische Werte gehen oder um das Problem der Ausgrenzung und Abwertung Anderer. Ziel ist es, ein Bewusstsein für unterschiedliche religiöse und nicht-religiöse Zugänge zu Werten, Glauben und Identität zu fördern und die Handlungskompetenzen im Umgang mit gesellschaftlichen Unterschieden zu stärken.

Die Überschneidung eines solchen politisch-bildnerischen Ansatzes mit präventiven Zielsetzungen wird auch in den Angeboten des Projekts „Dialog macht Schule“ sichtbar. Religion ist hier nur ein Thema unter anderen im Kontext von Fragen nach Identität, Teilhabe oder gesellschaftlicher Gerechtigkeit, ohne dass Glaubensinhalte und -praktiken selbst im Zentrum stünden. Das Projekt, das „Persönlichkeitsentwicklung, politische

Bildung und Integrationsarbeit“<sup>6</sup> verbindet, versteht sich nicht primär als Präventionsprojekt, sondern zielt darauf, in einem partizipativen und dialogischen Ansatz das Bewusstsein für demokratische Prinzipien zu stärken (siehe auch Curvello/Hofstede 2011 und Kiefer 2013). Es wendet sich an Schulen mit überwiegend sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern und bietet Dialoggruppen, die über einen Zeitraum von zwei Jahren in den Regelunterricht der Fächer Ethik oder Gemeinschaftskunde integriert werden. Ausgangspunkt sind hier nicht aktuelle Interessen oder Konflikte der Schüler, die mit religiösen Fragestellungen verbunden sind, sondern allgemeinere Themen, die sich im Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft ergeben. Religion kann dabei zur Sprache kommen, im Vordergrund stehen allerdings Auseinandersetzungen mit „Identität, Heimat, Zugehörigkeit, Geschlechterrollen, Gerechtigkeit, Rassismus, Grund- und Menschenrechten“.<sup>7</sup> Die langfristig angelegten Dialoggruppen bieten damit auch die Möglichkeit, weitergehende Projekte anzustoßen, die über die eigentlichen Lerngruppen hinausgehen und andere Schüler sowie Lehrkräfte einbeziehen.

Wichtige Erfahrungen im Bereich der schulischen Präventionsarbeit zum Thema Islamismus wurden auch in Projekten der „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ für die Sekundarstufen I und II gesammelt (KIgA 2013). Anders als im Projekt „Dialog macht Schule“ bilden hier Erfahrungen als Muslim in Deutschland den Ausgangspunkt der inhaltlichen Arbeit. Trotz einer solchen Ausrichtung an „Klassenverbänden mit mehrheitlich muslimisch sozialisierten Jugendlichen“ (Kassar/ Pieberger 2013: 43) betonen die Initiatoren die Relevanz auch für nicht-muslimische Schüler. So umfasst das Konzept der auf ein Jahr angelegten Seminarreihe für die Sekundarstufe I insgesamt fünf Module, die in jeweils vier bis fünf Seminaren behandelt werden. Die Module konzentrieren sich auf die Themen „Muslim-Sein in der deutschen Migrationsgesellschaft“, „Moscheebaukonflikte und antimuslimischer Rassismus“, „Mediale Darstellungen von Islam und Muslim/-innen“, „Jüdisches Leben und Antisemitismus heute“ und „Gerechtigkeit im Kontext von Geschlecht und sexueller Orientierung“ (Kassar/Pieberger 2013: 43). Mit der Breite dieses Themenspektrums verbinden die Initiatoren das Ziel, die Schüler „in ihren kritischen Diskurskompetenzen zu stärken, so dass sie in einer möglichen Konfrontation mit islamistischem Denken und Positionen diese für sich als nicht relevant erachten“ (Kassar/Pieberger 2013: 43). Neben der Intensität der inhaltlichen Auseinandersetzung zeichnet sich das Projekt vor allem auch durch die Einbindung von „Peer-educators“ und von externen Experten aus. Ähnlich wie in anderen *Peer-to-peer*-Ansätzen wird auch hier auf eine erleichterte Ansprache der Schüler gesetzt, die sich in den Biografien und Erfahrungen der *Peers* wiedererkennen und Anknüpfungspunkte entdecken können.

Ergänzend zu unterrichtspraktischen Ansätzen wurden in den vergangenen Jahren Unterrichtsmaterialien entwickelt, die eine Auseinandersetzung mit präventionsrelevanten Themen erleichtern sollen<sup>8</sup>. Auch hier wird die Breite des Themenspektrums sichtbar, das

6 Dialog macht Schule, „Über uns“, <http://bit.ly/1oOKuYD> (19.2.2016).

7 Dialog macht Schule, „Über uns“, <http://bit.ly/1oOKuYD> (19.2.2016).

8 Siehe HAW/ufuq.de (2014), ProPK (2014), Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (2014), BPB (2012).

von den Autoren als relevant ausgemacht wurde. Neben Fragen zum religiösen Selbstverständnis und zum Umgang mit religiösen Lehren und Traditionen werden zum Beispiel auch Geschlechterrollen und das Verhältnis von Islam und Demokratie bearbeitet.<sup>9</sup> Gemeinsam ist diesen Materialien die Ausrichtung an Jugendliche ab 14 Jahren. Erfahrungen aus der Bildungsarbeit verweisen zugleich auf einen wachsenden Bedarf an Unterrichtsmaterialien für jüngere Altersgruppen, mit denen sich Reflexionen über religiöse Selbstverständnisse und Konflikte in pluralistischen Lerngruppen anregen lassen.

### *2.2.2 Handlungsfeld Jugend- und Sozialarbeit*

Die Vielfalt der Ansatzpunkte präventiver Arbeit zeigt sich in den zahlreichen Überschneidungen zwischen schulischer und außerschulischer pädagogischer Arbeit. In der Fortbildungspraxis ist in den vergangenen Jahren ein wachsendes Interesse der Schulsozialarbeit an präventiven Ansätzen zu beobachten. Dabei wird von Schulsozialarbeitern, aber auch von Mitarbeitenden der Lehrerfortbildung, auch auf die mögliche Gefahr einer „Auslagerung“ der Präventionsarbeit aus dem Unterricht in den außercurricularen Bereich verwiesen. Präventionsarbeit, so die Befürchtung, werde allzu häufig auf sozialarbeiterische Ansätze reduziert, wodurch Lehrkräfte von ihrer Verantwortung als Akteure der Präventionsarbeit entbunden würden.

Die Überschneidungen der verschiedenen Handlungsfelder spiegeln den Bedarf an institutionsübergreifenden Ansätzen, die Jugendliche und junge Erwachsene in unterschiedlichen Lebensbereichen (u.a. Schule, Familie, Freizeit, religiöse Gemeinschaft) erreichen und Angebote und Hilfestellungen aufeinander abstimmen. So setzen zahlreiche Projekte der Präventionsarbeit auf eine enge Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Trägern. Beispielhaft für eine solche Kooperation steht das interreligiöse Dialoggruppen-Projekt „Ibrahim trifft Abraham“, das seit 2010 vom Düsseldorfer Jugendhilfeträger „Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.“ mit männlichen Jugendlichen aus bildungsbenachteiligten Milieus durchgeführt wird (Ceylan/Kiefer 2013: 132–140). Der Zugang zu den Teilnehmern, unter denen auch regelmäßige Besucher salafistisch ausgerichteter Moscheen sind, wird durch die Durchführung der Dialoggruppen in der Vormittagszeit an der kooperierenden Schule wesentlich erleichtert. Die positive Wirkung der partizipationsorientierten Arbeit der Dialoggruppen, die im schulischen Rahmen, aber ohne curriculare Vorgaben und unmittelbare Beteiligung von Lehrkräften erfolgte, zeigte sich aus Sicht der Projektbeteiligten insbesondere in den konstruktiven Diskussionen und kreativen Aktionsvorschlägen, die von den Jugendlichen mit vielfach problematischen Bildungsbiografien entwickelt wurden. Dabei konnten auch kontroverse religiöse und politische Themen (Nahostkonflikt, Judentum, „Halal-Haram-Diskurse“ über Musik) angesprochen werden, die ansonsten oft nur schwer zu behandeln sind (Ceylan/Kiefer 2013: 138). Die Kooperation mit dem Träger der Jugendsozialarbeit war auch für die schulischen

<sup>9</sup> Evaluationen dieser Materialien wurden bisher nicht veröffentlicht. Die Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung und des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (siehe Fußnote 7) wurden intern evaluiert.

Kooperationspartner hilfreich, um auch bildungsbenachteiligte Schüler mit „Affinität zu Eindeutigkeitsangeboten extremistischer Gruppen“ (Kiefer 2014: 135) zu erreichen.<sup>10</sup>

Jenseits themenbezogener Ansätze an der Schnittstelle zur Schule bietet Jugend- und Sozialarbeit einen wichtigen Ausgangspunkt, um salafistischen Ansprachen vorzubeugen und alternative Angebote zu entwickeln. Angesichts der Bedeutung von Gemeinschaftsangeboten salafistischer Akteure spielen Ansätze der Jugendarbeit zur Stärkung von sozialen Bindungen und des Empowerments von Jugendlichen eine zentrale Rolle. Sie bieten einen Rahmen, um soziale Kompetenzen zu stärken und Zugehörigkeit und Gemeinschaft in heterogenen Gruppen zu erfahren. Dabei geht es auch um eine Förderung von Teilhabe und Partizipation in Schule, Freizeit und Gesellschaft, um positive Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Mitgestaltung zu fördern. Dies beinhaltet eine aktive Antidiskriminierungsarbeit, in der Personen, die von Diskriminierungen und Anfeindungen betroffen sind, bei der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen unterstützt und konkrete Hilfestellungen angeboten werden. Hinzu kommen Angebote der Freizeitgestaltung und der Erlebnispädagogik, die Alternativen zum Aktionismus und dem Erlebnisversprechen salafistischer Initiativen eröffnen. Vielversprechend sind in diesem Zusammenhang auch Theater-, Film- und musikpädagogische Projekte, in denen präventionsrelevante Themen aufgegriffen werden.

Angesichts der Attraktivität salafistischer Ansprachen auf Mädchen und Frauen stellt sich zunehmend auch die Frage nach genderspezifischen und mädchenorientierten Ansätzen in der Jugendarbeit. Anders als im Bereich des Rechtsextremismus, der in der öffentlichen Wahrnehmung – und der Präventionsarbeit – lange auf Männer und männliche Jugendliche reduziert wurde, wurden in der Auseinandersetzung mit islamistischen Orientierungen bereits relativ früh auch geschlechterspezifische Aspekte erkannt. Vor dem Hintergrund von geschlechterbezogenen Konflikten in der Jugendarbeit und einzelnen Fällen von sogenannten „Ehrenmorden“ entwickelte der Mädchentreff „Madonna“ in Berlin bereits 2005 erste Ansätze der Prävention islamistischer Einstellungen (Steinhausen 2005). Im Mittelpunkt stehen dabei ein Empowerment von Mädchen im familiären Kontext, aber auch eine intensive Elternarbeit und die Kritik patriarchaler und religiös begründeter Traditionen.

Die Bedeutung eines solchen Ansatzes wird durch Praxiserfahrungen der vergangenen Jahre bestätigt. So formulierte der Verein „Cultures Interactive“ im Projekt „WomEx – Women and Gender in Extremism“ auf der Grundlage bestehender Interventionsansätze konkrete Handlungsempfehlungen zum Umgang mit genderspezifischen Themen. Auch hier wurde die Notwendigkeit einer Jugendarbeit, die die Entwicklung selbstbestimmter Geschlechterrollen, einen diskriminierungsfreien Umgang mit Genderidentität und

10 Ähnliche Erfahrungen werden auch aus dem Projekt „Interkultureller Dialog zur Aktivierung und Partizipation von Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft“ in Essen beschrieben. Interessant ist hier auch die konzeptuelle Verschiebung von einer anfänglichen Fokussierung auf das Thema „Islamismus“ zu einer breiter gefassten Auseinandersetzung mit dem „Umgang mit Verschiedenheit in der Gruppe und Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft“ (Zaghoud 2014: 113). Das Projekt zählte 2007 bundesweit zu den ersten Ansätzen einer Auseinandersetzung mit islamistischen Orientierungen und Verhaltensweisen.

Ambivalenz-Toleranz in Bezug auf sexuelle Orientierung und Gender fördert, herausgestellt (Cultures Interactive 2015: 26).

### 2.2.3 Handlungsfeld Gemeindearbeit

Anders als in der Frühphase einer explizit auf islamistische Orientierungen ausgerichteten Prävention besteht in der Frage nach der Bedeutung islamischer Organisationen als Akteure der Prävention heute mittlerweile weitestgehend Konsens. Diese Einschätzung wurde durch die deutliche Positionierung verschiedener Verbände gegenüber Gewalt und religiösem Extremismus, vor allem aber auch durch das Entstehen einer Vielzahl neuer islamischer Initiativen und Vereine begünstigt.<sup>11</sup> Dennoch wurde auch in der jüngeren Vergangenheit die Schwierigkeit einer Zusammenarbeit gerade zwischen staatlichen und islamischen Akteuren deutlich. So wurden im Zusammenhang mit der „Initiative Sicherheitspartnerschaft – Gemeinsam mit Muslimen für Sicherheit“, die 2011 vom Bundesinnenministerium gestartet wurde, die Vorbehalte islamischer Verbände gegenüber einer auf sicherheitspolitische Überlegungen reduzierten Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden und islamischen Trägern deutlich (Kiefer 2013: 106–107). Auch Hamdan und Schmid (2014) verweisen in ihrer Studie über die Rolle islamischer Jugendorganisationen als Kooperationspartner in der Jugend- und Bildungsarbeit auf dieses Spannungsfeld von sicherheitspolitischen Zielsetzungen und der Forderung islamischer Vereine nach einer Anerkennung als legitime Akteure mit weitergehenden Interessen. Prävention und Partizipation seien zwei Pole,

„die nicht immer miteinander in Verbindung gebracht werden können. Muslimische Akteure möchten ein aktiver und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sein und bevorzugen daher verstärkt auch Programme, in denen sie eine aktiv gestaltende Rolle einnehmen können. Da Jugendarbeit grundsätzlich auch eine präventive Funktion hat [...], können Präventionsprojekte zwar Teil von Jugendarbeit von und mit Muslimen sein, eine Überbetonung des Islams als Problemursache wie als Lösungsstrategie sollte jedoch unbedingt vermieden werden.“

(Hamdan/Schmid 2014: 166)

Trotz möglicher Konflikte über unterschiedliche Erwartungen und Interessen finden sich verschiedene Beispiele für Kooperationen in der Präventionsarbeit auch zwischen Polizei und islamischen Vereinen, die von den Beteiligten als erfolgreich gewertet wurden. Als Grundlage für eine gelingende und in beiderseitigem Interesse erfolgenden Arbeit wird dabei eine „Konzentration auf problemorientiertes, konkretes Handeln“ (Czarnyan/Pismek 2014: 167; siehe auch Sauerborn 2014) beschrieben.

Die Rolle islamischer Akteure in der Präventionsarbeit besteht allerdings nicht allein in der direkten Arbeit mit Jugendlichen, die im eigenen Umfeld Anzeichen einer Radikali-

11 Zur Positionierung der islamischen Verbände gegenüber den salafistischen Strömungen siehe Thielmann (2014: 423–432). Vermeulen und Bovenkerk (2012) bieten einen guten Überblick über die Konflikte rund um das Berliner Islamforum, die sich u.a. an der Frage einer möglichen Beteiligung der vom Verfassungsschutz beobachteten Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs festmachten. Das Islamforum wurde 2005 vom Integrationsbeauftragten der Stadt Berlin und der Muslimischen Akademie in Deutschland gegründet und sollte den Austausch zwischen Senat und islamischen Vereinen fördern (Vermeulen/Bovenkerk 2012: 128–143).

sierung zeigen, sondern vor allem auch in der Sichtbarmachung von alternativen Angeboten und Religionsverständnissen, die sich von salafistischen Deutungsangeboten unterscheiden. Die Einbindung in eine religiöse Gemeinschaft bietet gerade für jene Jugendliche und junge Erwachsene, die in ihren Familien nicht religiös sozialisiert wurden, die sich aber aufgrund von jugendphasentypischen Fragen oder Erfahrungen mit Ressentiments und Diskriminierungen für den Islam interessieren, die Chance, reflektierte Zugänge zu religiösen Themen zu entwickeln. Initiativen wie die „Muslimische Jugendcommunity Osnabrück“, die von Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst initiiert werden, bieten dabei neben Freizeitaktivitäten und Gesprächsrunden beispielsweise zu den Themen Rassismus oder interreligiösem Dialog, in die auch nicht-muslimische Kooperationspartner wie die Katholische Hochschulgruppe oder die Polizei eingebunden werden, auch Raum für religiöse Diskussionen, in denen unterschiedliche Zugänge zu Glauben und Traditionen reflektiert und ein Selbstverständnis als deutsche Muslime befördert werden. Dabei legen die Initiatoren auch Wert auf eine aktive Online-Arbeit, um junge Muslime zu erreichen (Lachenmann 2014).

#### 2.2.4 Weitere Handlungsfelder

Die Bedeutung des Internets für die Präventionsarbeit wurde nicht erst im Zusammenhang mit der massiven Propaganda des „Islamischen Staates“ in sozialen Medien sichtbar. So verwies Asiem El Difraoui bereits 2012 im Zusammenhang mit Online-Aktivitäten des al-Qaida-Netzwerks auf den sichtbaren Einfluss entsprechender Botschaften in Online-Medien (El Difraoui 2012: 123–129). Anders als in Großbritannien und den USA, wo bereits seit mehreren Jahren Ansätze von Gegenarrativen und *Counter-speech* – verstanden als inhaltliche Erwidern und Kommentierung von extremistischen Positionen – verfolgt werden, gibt es in Deutschland bisher nur wenige Erfahrungen in der Präventionsarbeit in sozialen Medien. So erprobt das Projekt „Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim\_innen online“, das von ufuq.de durchgeführt wird, Ansätze der „aufsuchenden“ politischen Bildung online, bei der sich junge muslimische Teamer mit Kommentaren in Diskussionen in sozialen Netzwerken einbringen. Ähnlich wie in anderen Ansätzen der *peer-education* setzt das Projekt auf den Vorteil biografischer und lebensweltlicher Gemeinsamkeiten mit der jugendlichen Zielgruppe.

Angesichts der gezielten Thematisierung von jugendtypischen Problemen und Krisen (Drogen, Sexualität, Berufswahl, Kriminalität, Sinnsuche etc.) durch salafistische Akteure, die außer im Internet auch durch Ansprachen im öffentlichen Raum erfolgt, wurde in der jüngeren Vergangenheit auch ein wachsender Bedarf an individuellen Angeboten der Jugend- und Familienhilfe deutlich, die auf die besonderen Bedarfe von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte eingehen. Mit Projekten wie dem „Muslimischen Seelsorgetelefon“ oder dem Mentoring-Projekt „180°-Wende“ in Nordrhein-Westfalen (Berrissoun 2014) gibt es auch hier erste Ansätze, die von Muslimen umgesetzt werden. Ähnlich wie in anderen Bereichen der Präventionsarbeit lassen sich aber auch diese Aufgaben nicht allein auf islamische Träger beschränken. Auch hier ist eine verstärkte Berücksichtigung dieser Bedarfe in den Regelangeboten erforderlich.

### 3. Forschungsstand Deradikalisierung

#### 3.1 Definition Deradikalisierung

Deradikalisierung wurde in den letzten Jahren zu einem inflationär gebrauchten Begriff, ohne dass eine zufriedenstellende Definition vorlag.<sup>12</sup> Auch die Abgrenzung zur Präventionsarbeit ist teilweise nicht stringent und die Übergänge zwischen präventiven und deradikalisierenden Ansätzen können fließend sein. Dies kann anhand des Begriffs tertiäre Prävention verdeutlicht werden, der in Abschnitt 1.3 bereits dargestellt wurde. Jede Definition ist freilich von der antizipierten Rahmung des Begriffs abhängig. Bisher sind sich Wissenschaftler und Experten nur über relativ wenig einig: Dass Radikalisierung ein Prozess ist, der durch viele unterschiedliche Faktoren bestimmt wird (Schmid 2013: 1); dass es zahlreiche Wege in radikale Szenen gibt sowie dass die beeinflussenden Faktoren dieses Prozesses sehr unterschiedlich sein können (Christmann 2012: 18). Hieraus könnte man schon im Voraus wichtige Thesen für die Definition und Konzeptualisierung der Deradikalisierungsarbeit ableiten: Erstens, dass Deradikalisierungsmaßnahmen auch als Prozess zu verstehen sind; zweitens, dass dieser Prozess für jede betroffene Person anders aussehen wird und drittens, dass etwaige Ansätze und Programme, die diese Phänomene bearbeiten, daher ebenfalls individualisiert gestaltet sein sollten.

Nach der weitgefassten Definition von John Horgan versteht man unter Deradikalisierungsarbeit Programme, die im Allgemeinen an radikalisierte Personen gerichtet sind, mit dem Ziel, diese Personen wieder in die Gesellschaft zu integrieren oder zumindest von direkter (physischer) Gewaltausübung abzubringen (ISD 2010: 4). Anders als bei den meisten präventiven Ansätzen geht es in der Regel um die Arbeit mit einzelnen Personen. Die Ansätze können unterschiedliche Formen annehmen: u.a. Intervention (für Personen, die im Begriff sind, sich radikalen Gruppierungen anzuschließen); Aussteiger-Programme; kollektive Deradikalisierungsprogramme (Gruppenarbeit); Beratung mit einzelnen Personen (z.B. in JVs) oder auch sekundäre Deradikalisierungsarbeit<sup>13</sup>, in welcher der Fokus auf dem sozialen Umfeld der betroffenen Person liegt.

Bei dem Versuch, eine präzise sowie operationalisierbare Definition von Deradikalisierung anzubieten, wurde die Unterscheidung zwischen Deradikalisierung und Distanzierung vorgenommen.<sup>14</sup> In der Regel wird Deradikalisierung als die kognitive Ablehnung von bestimmten extremistischen Werten, Haltungen und Meinungen verstanden (Schmid 2013: 29). Von Distanzierung wird gesprochen, wenn sich eine Person von gewaltbereiten Handlungen oder einer extremistischen Gruppe lossagt. Unter Distanzierung ist jedoch nicht gleich Deradikalisierung zu verstehen: Die Tatsache, dass eine Person sich nicht explizit mit der gewaltanwendenden (militanten) islamistischen Szene identifiziert, heißt nicht unbedingt, dass eine kritische ideologische Auseinandersetzung (d.h. Deradikalisierung) stattgefunden hat. Darüber hinaus kann

12 Siehe Horgan (2008: 3), welcher Deradikalisierung u.a. als „Modewort“ beschreibt.

13 Die sekundäre Deradikalisierungsarbeit wird später ausführlicher diskutiert.

14 Die Grundlage dieser Diskussion wurde von Horgan (2008) maßgeblich beeinflusst.



Distanzierung aus unterschiedlichen Gründen auch ungeplant, d.h. ohne gezielte Intervention, geschehen.<sup>15</sup> Essenziell ist es, in dieser Hinsicht zu überlegen und zu hinterfragen, was genau durch Deradikalisierungsarbeit angestrebt wird: Steht im Mittelpunkt fundamentalistische Salafisten daran zu hindern, Gewalttaten auszuüben, unabhängig davon, welche Ideologien oder Teil-Ideologien sie noch vertreten (Distanzierung), oder geht es darum, eine ideologische und religiöse Auseinandersetzung zu ermöglichen, damit die betroffenen Personen mit ihren Weltanschauungen und Haltungen in eine partizipative Demokratie liberaler Prägung (re-)integrierbar werden?

Im Folgenden liegt der Schwerpunkt auf Deradikalisierung, ohne die Ansätze der Distanzierung gänzlich zu vernachlässigen. Je nach Zielsetzung unterscheiden sich die Maßnahmen verschiedener Akteursgruppen. Wird der Fokus ausschließlich auf sicherheitsrelevante Fragen gelegt, wie es häufig bei staatlichen Institutionen und Programmen ist, so kann Distanzierung aus Sicht einer Terrorismusabwehr äußerst sinnvoll sein. Geht es aber auch um die Bearbeitung demokratiefeindlicher Phänomene, sollte eine ideologische Deradikalisierung mehr als eine reine Distanzierung von Gewaltbereitschaft beinhalten. Dabei unterscheiden sich sowohl die Intensität der Arbeit in der Praxis im Hinblick auf das angestrebte Ziel als auch die einzubeziehenden Personen und Hilfsstrukturen. Die Zieldefinition dessen, was als Deradikalisierung bezeichnet wird, ist der Grundstein für die Arbeit mit den Betroffenen. Eben diese Definition ist vom jeweiligen Umsetzungskontext, der Zielgruppe und der durchführenden Instanz abhängig (beispielsweise Deradikalisierungsprogramme in Gefängnissen, staatliche Angebote, religiöse Programme, sozialwissenschaftliche und psychologische Ansätze, zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Vereine, etc.).

Ähnlich wie im Fall der Prävention gibt es zur Wirksamkeit von Maßnahmen der Deradikalisierung wenig belastbare empirische Daten (Christmann 2012: 4). Dies liegt erstens daran, dass der Erfolg von Deradikalisierungsprogrammen schwierig zu messen ist. Oft geht man zum Beispiel von der Rückfallrate aus, was lediglich die Distanzierung von kriminellem Verhalten betrifft (Rabasa et al. 2010: 6). Zweitens, darauf weist Horgan (2008: 4) hin, werden Terroristen in der Regel für den Staat uninteressant, sobald sie nicht mehr als Bedrohung betrachtet werden. Ab diesem Zeitpunkt wird ihr Fall nicht mehr weiterverfolgt und weiter erforscht. Das hat zur Folge, dass die einzelnen „Deradikalisierungsgrade“ und Biografien bisher mangelhaft erfasst sind. Darüber hinaus ist der Erfolg von bisherigen Deradikalisierungsprogrammen kaum zu verifizieren. So sind sensible Daten, die im Rahmen der Deradikalisierungsarbeit gewonnen werden und die zur Analyse von (De-)Radikalisierungsprozessen oder zur Evaluation der jeweiligen Ansätze dienen könnten, in der Regel projektinterne Verschlussachen und für Dritte nicht nutzbar.

15 Schmidt (2013: 44) benennt Trauma, Stress, Desillusionierung, Wunsch nach einem normalen Leben, nach Familie sowie Druck von Familien und Freunden.

## 3.2 Methodische Ansätze

Die Fachliteratur beschäftigt sich überwiegend mit den Themen Radikalisierung und Rekrutierungsprozessen. Studien zu Deradikalisierung, Distanzierung, *Counter-Radikalisierung* und Gegenarrativen sind jüngerer Datums und spärlicher (Schmid 2013: 1). Ausführlich diskutiert wurden zudem die psychologischen und emotionalen Faktoren, die eine Distanzierung begleiten oder sogar begünstigen können. Dabei spricht Horgan von drei zentralen Faktoren: Die Entwicklung von negativen Gefühlen als Ergebnis der Mitgliedschaft in der extremistischen Gruppe (Druck, Angst, das schrittweise Wegfallen von Fantasie und Illusion); einem Prioritätenwandel und den Wunsch, das wiederzufinden, woran es der radikalen Szene mangelt, sowie eine wachsende Desillusionierung in Bezug auf die Ziele der Gruppe (zum Beispiel gescheiterte politische Ziele und Strategien, widersprüchliche Meinungen; Horgan 2008: 4-5).

Durch verschiedene Studien wurde die Notwendigkeit von vielschichtigen Deradikalisierungsansätzen betont. Dies wurde auch durch die RAND-Studie 2010 bestätigt. Ein Deradikalisierungsprogramm ist danach besonders Erfolg versprechend, wenn es auf drei Ebenen ansetzt: auf der affektiven, pragmatischen und ideologischen Ebene. Das heißt, (1.) die emotionale Verbindung zu der radikalen Gruppe muss gebrochen werden; (2.) die praktischen Bedürfnisse des Individuums, die den Ausstieg bzw. das Verweilen beeinflussen, müssen in Betracht gezogen werden; und (3.) eine ideologische Auseinandersetzung sollte ermöglicht werden (Rabasa et al. 2010: xvi).

Es gibt eine Vielzahl an Methoden, die in den vergangenen Jahren im Kontext der Deradikalisierungsarbeit umgesetzt wurden. Im Folgenden werden drei Ansätze dargestellt: der systemische Familienansatz, die aufsuchende Jugendarbeit und theologisch-religiöse Angebote. Hierbei werden jeweils Charakteristika und Herausforderungen skizziert.

### 3.2.1 Systemische Beratungsansätze

Der systemische Ansatz bezieht das soziale Umfeld der betroffenen Person ein und versucht hierdurch positiv auf die Person einzuwirken. Extremistische Gruppierungen, ob religiös motiviert oder nicht, sprechen ihre Mitglieder häufig über ihre menschlichen Bedürfnisse und Sehnsüchte an. Sie versuchen ihnen auf verschiedensten Ebenen „Lösungen“ bzw. Deutungen anzubieten. Diese Deutungsansätze können durch die Ideologie verfestigt und legitimiert werden. Sie umfassen alle Lebensbereiche, beginnend beim sozialen Umfeld, sozialen Beziehungen (Partnerschaft, Freundschaft, Familie), der religiösen Auslegung sowie der Deutung und Praxis, Wert- und Moralvorstellungen, Geschlechterrollen, Finanzen, Liebe, Arbeit, Lebens- und Zukunftsplanung. Daher ist es bei der Deradikalisierungsarbeit notwendig, diese diversen Ebenen mit einzubeziehen und für jeden Fall individuell zu bearbeiten.

Auf der affektiven Ebene werden persönliche emotionale Bezugsstrukturen und Netzwerke, das soziale Umfeld und die Freizeit gestärkt. Auf der pragmatischen Ebene werden die Grundlagen für ein autonomes Leben gelegt und sicherheitsrelevante Aspekte geregelt. Die hier durchgeführten Maßnahmen beziehen sich auf die Bereiche Sicherheit, Bildungs- und Zukunftsperspektiven, Arbeit und Unterkunft. Durch diese Hilfen wird den

Betroffenen ermöglicht aus ihrer bisherigen Isolation herauszutreten und wieder Mitglieder der Gesellschaft zu werden (Dantschke 2011: 23). Bei der Auseinandersetzung mit der ideologischen Ebene sollte die kritische Reflexion des bisherigen Weltbildes und im besten Fall eine vollkommene Distanzierung von extremistischen Positionen erfolgen. Eine Loslösung vom Islam, als individuell gelebter Religion, kann nicht das Ziel der Deradikalisierungsarbeit im Kontext Islamismus sein. Im Sicherheitskontext wird häufig im Zusammenhang mit Deradikalisierung allein von einer Distanzierung gesprochen und nur selten alle drei Säulen der Deradikalisierung bearbeitet. Die Beratungsstelle HAYAT-Deutschland hingegen verfolgt zum Beispiel einen erweiterten Ansatz und hat die Zielsetzung, die ideologische Ebene ebenfalls zu bearbeiten.<sup>16</sup> Hierbei spielt die Auseinandersetzung mit Narrativen ebenso eine Rolle wie die kritische Reflexion der persönlichen Haltung und des Welt- und Menschenbildes. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Grundlage einer gelingenden Deradikalisierungsarbeit in der individuellen Betreuung der direkt Betroffenen und ihrer Angehörigen und der gezielten Bearbeitung der individuellen Problemlagen besteht.

### *3.2.2 Aufsuchende Jugendarbeit*

Unter der aufsuchenden Jugendarbeit (z.B. in Form von Straßensozialarbeit) sind diverse Angebote zusammengefasst, die das Lebensumfeld der Jugendlichen miteinbeziehen und diese an öffentlichen Plätzen, in Jugendeinrichtungen, über Schulen, Ausbildungsstätten und soziale Netzwerke erreichen. Die Ansprache der Jugendlichen erfolgt je nach Ausrichtung der Projekte durch verschiedene Themen und pädagogische Angebote. Diese sozialraumorientierten Angebote werden teilweise durch weitere feste Beratungsangebote ergänzt. Aufsuchende Jugendarbeit mittels lebensweltnaher Ansprachen und niedrigschwelliger Angebote spielt u.a. in den Ansätzen von VAJA Bremen, IFAK e.V. mit Sitz in Bochum und dem Violence Prevention Network eine wichtige Rolle. Hierzu können Diskussionen, politische Bildungsangebote, wie auch Freizeit gestaltende Maßnahmen gehören.

Es kann vermutet werden, dass solche Angebote eher Jugendliche erreichen, die in ihrem Radikalisierungsverlauf noch nicht so weit fortgeschritten sind. Es stellt sich zudem die Frage, ob die pädagogischen Maßnahmen und Angebote nachhaltig angenommen werden, wenn bei der betroffenen Person keine intrinsische Motivation zur Zusammenarbeit gegeben ist. Durch die aufsuchende Arbeit und Ansprache der Jugendlichen zu bestimmten Themen können unter Umständen auch diskriminierende oder stigmatisierende Prozesse (im Sinne eines Generalverdachts) in Gang gesetzt werden, die im Rahmen einer solchen Arbeit aus den genannten Gründen kontinuierlich durch die umsetzenden Personen reflektiert werden müssen.

16 Bei HAYAT handelt es sich um eine Beratungsstelle für Deradikalisierung, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert wird, <http://hayat-deutschland.de/beratung/?c=ansatz> (29.2.2016).

### 3.2.3 Religiöse Angebote

Die religiösen Angebote im Bereich der Deradikalisierung sind hinsichtlich ihrer Umsetzung sehr unterschiedlich. Die ersten Programme mit einem ausschließlich religiösen Ansatz wurden in Saudi-Arabien nach den Anschlägen vom 11. September 2001 entwickelt. Diese richteten sich gezielt an die Familien und das soziale Umfeld von Radikalisierten und sahen auch finanzielle Unterstützung für die Familien vor. Bei diesen ersten Deradikalisierungsprogrammen wurden explizit theologische Experten für eine ideologische Bearbeitung eingesetzt. Auch die Deradikalisierung in Gefängnissen liegt in einigen Ländern in der Hand von theologischem Personal, mit dem Ziel, eine ideologische Loslösung zu bewirken. Diese ersten Modelle mit einem theologischen Schwerpunkt lassen sich nicht eins zu eins auf andere Gesellschaften übertragen. So birgt eine ausschließlich theologische Bearbeitung u.a. die Gefahr der Vernachlässigung gesellschaftlicher, politischer, familiärer und psychologischer Einflussfaktoren auf Radikalisierungsprozesse, die für eine erfolgreiche Deradikalisierung mit zu berücksichtigen wären.

**Tabelle 2: Übersicht zentraler Vor- und Nachteile der drei beschriebenen Ansätze:<sup>17</sup>**

	<b>Vorteile</b>	<b>Nachteile</b>
<b>Systemische Beratungsangebote</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ratsuchende wenden sich selbstständig an die Beratungsstelle (intrinsische Motivation)</li> <li>- Beratung verfolgt einen individuellen und biografischen Ansatz</li> <li>- Gezielte Interventionen und Hilfestellungen sind möglich</li> <li>- Aktivierung der Betroffenen durch eigeninitiatives Handeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beratung nur auf Initiative von Betroffenen, daher geringe Reichweite</li> <li>- Beratungsnehmer, die durch Dritte zur Beratung „überredet wurden“ könnten für den Beratungsprozess nicht bereit sein und diesen daher häufiger abbrechen, als „freiwillige Beratungsnehmer“</li> </ul>
<b>Aufsuchende Ansätze</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erreichen einer breiten Zielgruppe</li> <li>- Direkter Kontakt mit verschiedenen Jugendmilieus</li> <li>- Niedrigschwelliges Angebot mit wenigen Zugangsbarrieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gefahr der Stigmatisierung von Jugendlichen</li> <li>- Keine intrinsische Motivation bei der adressierten Zielgruppe</li> <li>- Fraglich, ob bereits radikalisierte Jugendliche erreicht werden</li> </ul>
<b>Theologische/ religiöse Beratungsangebote</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- „Authentische“ Argumentation bei theologischen/religiösen Fragen</li> <li>- Teilweise besserer Zugang zu religiösen Milieus</li> <li>- Einsatz religiöser Autorität</li> <li>- Musliminnen und Muslime als Multiplikatoren und Botschafter</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fokus auf den „religiös“ ansprechbaren Teil der Zielgruppe</li> <li>- Theologisierung der Extremismus-Problematik</li> <li>- Verortung der Problematik als „Migrationsproblem“</li> <li>- Schaffung neuer Abhängigkeitsstrukturen durch den Einsatz religiöser Hierarchien</li> </ul>

<sup>17</sup> Welche der in der Abbildung skizzierten Ansätze in welchen Kontexten erfolgreich sind und inwieweit diese kombinierbar sind, sollte Forschungsgegenstand zukünftiger Studien sein.

### 3.2.4 Europäische Ansätze der Deradikalisierung

In Ermangelung von Evaluationen von Deradikalisierungsprogrammen in Deutschland lassen sich aus Auswertungen von Programmen anderer europäischer Staaten wichtige Schlüsse über Optimierungsmöglichkeiten sowie Herausforderungen ableiten, die in diesem Bereich denkbar sind. In einer Studie des Institute for Strategic Dialogue (ISD 2010) wurden neun existierende zivilgesellschaftliche Programme (im Bereich Rechtsextremismus sowie Islamismus) ausgewertet. Die Ergebnisse sind für unsere Betrachtung von hoher Relevanz und werden im Folgenden auszugsweise vorgestellt:<sup>18</sup>

In den europäischen Ansätzen steht die Rolle der Zivilgesellschaft und des sozialen Umfelds der betroffenen Person im Vordergrund. Einige Community-Mitglieder sind aufgrund ihrer Kenntnisse und Glaubwürdigkeit als Vermittler zwischen Community und staatlichen Strukturen in der Lage, eine führende Rolle in der Deradikalisierungsarbeit zu leisten. Andere zivilgesellschaftliche Gruppen können eine erleichternde oder unterstützende Rolle spielen, indem sie Hilfe und emotionale oder pragmatische Unterstützung für Betroffene anbieten.

Der Erfolg eines Programms ist häufig abhängig von der Qualität der persönlichen Beziehungen. Dabei ist Vertrauen, welches vornehmlich auf persönlicher und weniger auf institutioneller Ebene angesiedelt ist, besonders wichtig. Die Langfristigkeit eines Projekts ist ein entscheidender Faktor für dessen Erfolgsaussichten. Kurzfristige Finanzierung und hoher Personalwechsel haben sich auf einige Projekte negativ ausgewirkt. Kompetente und glaubwürdige Botschafter sind für die Durchführung der Deradikalisierungsarbeit notwendig. „Glaubwürdig“ kann in diesem Zusammenhang vieles bedeuten. In Europa sind das in der Regel Menschen, die selbst über Migrationserfahrungen verfügen. Es können auch Imame mit vertieft religiösem Wissen sein. Bei einigen Projekten (z.B. zum Thema Rechtsextremismus) nehmen ehemalige Extremisten als Gruppenleiter an den Projekten teil.

Erfahrungen in Großbritannien zeigen aber, dass hierbei Vorsicht geboten ist. Im Jahr 2007 hat sich die Regierung entschieden, mit nicht-gewaltbereiten Salafisten zusammen zu arbeiten, in der Hoffnung, einen erleichterten Zugang zu gewaltbereiten Extremisten zu erhalten (Schmid 2014: 5). So wurden allerdings fundamentalistische Haltungen staatlich nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert. Die Regierung von David Cameron hat sich von dieser Vorgehensweise distanziert und einen Vier-Fragen-Katalog zur Ermittlung zivilgesellschaftlicher Kooperationspartner aufgestellt (Schmid 2014: 5):

1) Bekennt sich die Organisation zu Menschenrechten für alle – auch für Frauen und Mitglieder anderer Religionen? 2) Bekennt sich die Organisation zur Gleichberechtigung aller Menschen vor dem Gesetz? 3) Bekennt sich die Organisation zu Demokratie und dem Recht der Bevölkerung, seine eigene Regierung zu wählen? 4) Befördert die Organisation Integration oder Separatismus? Diese Fragen könnten auch im deutschen Kontext nützlich sein.

18 Für eine ausführliche Diskussion, siehe: Policy Planners' Network (2010).

Die ISD-Studie zeigt auch, dass effektive staatlich-zivilgesellschaftliche Kooperation von allen Partnern Einsatz, Energie und Flexibilität erfordert. Mangelnde Informationen und gescheiterter Informationsaustausch können das gegenseitige Vertrauen beeinträchtigen und den Erfolg eines Programms nachhaltig schädigen. Dies gilt insbesondere für Kooperationen von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden, in denen beide Seiten bereit sein müssen, gewisse Informationen miteinander zu teilen. Die Studie weist auch darauf hin, dass eine Kulturveränderung innerhalb der Sicherheitsbehörden von Nöten ist, um den Erfolg von zivilgesellschaftlichen Initiativen zu sichern. Vereine und Gruppen sollten als gleichberechtigte Partner in der Deradikalisierungsarbeit angesehen werden. Die Herausforderung liegt jedoch darin, dass ein Gleichgewicht zwischen Zivilgesellschaft und Staat in der Deradikalisierungsarbeit oftmals schwer zu erreichen ist.

Es gibt jedoch auch Bereiche, in denen, den Ergebnissen der Studie zufolge, keine Zusammenarbeit angestrebt werden sollte, beispielsweise in der Ausbildung von religiösen Akteuren oder beim Versuch, Community-Strukturen neu auszurichten. Eine weitere potenzielle Herausforderung für Kooperationen von Staat und Zivilgesellschaft in der Deradikalisierungsarbeit liegt darin, dass Communities Berührungsängste zeigen und einer Kooperation mit Regierungsvertretern ablehnend gegenüber stehen. Insbesondere marginalisierte Communities haben in der Regel eher schlechte Beziehungen zu den Behörden. Ihnen geht es darum, ihre Selbstständigkeit zu wahren. Da auch unter radikalisierten Personen eine grundlegende Skepsis gegenüber dem Staat besteht, ist es wichtig, dass nichtstaatliche Akteure ohne Einfluss von staatlicher Seite agieren können.

Eine besonders betonte Lernerfahrung zur Planung und Durchführung effektiver Deradikalisierungsarbeit ist, dass die Programme auf die Bedürfnisse der betroffenen Gemeinschaft und deren Mitglieder zugeschnitten sein müssen. Maßnahmen der Deradikalisierung lassen sich in der Regel nicht verallgemeinern. Die Teilnahme an Deradikalisierungsprogrammen wird in der ISD-Studie des Weiteren als effektiver angesehen, wenn sie auf Freiwilligkeit beruht. Aufgrund der Tatsache, dass ein Großteil der Arbeit Beziehungsaufbau ist und die Stärkung des sozialen Umfelds ein sehr privater Prozess ist, wäre es nicht nur nicht wünschenswert, sondern ineffektiv, wenn staatliche Institutionen in dieser Sphäre agieren würden oder eine Teilnahme staatlich aufgezwungen würde.

#### **4. Lernerfahrungen aus der Forschung zu Sekten und Rechtsextremismus**

Für die Entwicklung und Bewertung von Ansätzen in den Feldern der Prävention und Deradikalisierung ist ein Blick auf Forschung zu Sekten und Rechtsextremismus sowie auf bestehende Ansätze in der Ausstiegsarbeit mit Anhängern dieser Bewegungen hilfreich. Im Folgenden werden daher Erkenntnisse aus der Forschungsliteratur skizziert und auf ihre Anwendbarkeit auf Prävention und Deradikalisierung im Feld des „religiösen Extremismus“ hin geprüft.

#### 4.1 Erkenntnisse und Lernerfahrungen aus der Forschung zu „Sekten“

Im umgangssprachlichen Gebrauch werden mit dem Begriff „Sekte“ in der Regel Gruppierungen bezeichnet, die „statt Entfaltungsfreiheit Abhängigkeit produzieren, die Menschen entwürdigen und zur Intoleranz anleiten“ (Hemminger 1995: 65). Sekten haben häufig eine totalitäre Struktur und nutzen unterschiedliche Methoden, um ihre Gruppenmitglieder zu kontrollieren. In Extremfällen beeinflussen Sekten alle Lebensbereiche ihrer Anhänger. Häufig geht dies mit einer durch die Gruppe vorangetriebenen Isolation der betroffenen Personen von der bisherigen Lebenswelt und Sozialstruktur einher. Ein Mittel zur Isolierung ist die „mentale Programmierung“. Ziel ist,

„das Selbstgefühl einer Person zu destabilisieren; eine Person dazu zu bewegen, ihre Lebensgeschichte völlig neu zu interpretieren, ihre Weltsicht radikal zu verändern und eine neue Version der Wirklichkeit und der ursächlichen Zusammenhänge zu akzeptieren; die Person von der Organisation abhängig zu machen und sie dadurch zu einem Werkzeug der Organisation zu machen.“ (Singer/Lalich 1997: 93)

In der Forschung wurden Mechanismen und Theorien der Anwerbung identifiziert, die als Theorien zur „Bewusstseinskontrolle“<sup>19</sup> (Hassan 1988) und als solche der „systemischen Manipulation durch soziale Beeinflussung“ (Singer/Lalich 1997) bezeichnet wurden. Die genannten Konzepte sind heute teilweise überholt, sie beschreiben aber sehr eingängig die Methoden (Schlafentzug, Indoktrination, Sozialkontrolle, emotionale Erpressung, Bloßstellung etc.), mit denen ein Individuum kurzzeitig dazu gebracht werden kann, seine persönliche Identität zugunsten einer Gruppenidentität aufzugeben.

Die ideologische Loslösung spielt daher bei einem Sektenausstieg eine ebenso wesentliche Rolle, wie eine soziale und berufliche Resozialisierung. Das Heraustreten aus einer solchen Gruppe führt in den ersten Monaten nach dem Austritt teilweise zu einer weiteren sozialen Isolation und weltanschaulicher Desillusionierung. In einigen Fällen ist eine komplette Neuorientierung in allen Bereichen des Lebens erforderlich. So stellt der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ fest, dass häufig die lebensgeschichtliche Problematik mit dem Ausstieg aus der Gruppe nicht „erledigt“ ist, sondern in anderen sozialen Zusammenhängen relevant bleibt und weiter bearbeitet werden muss (Deutscher Bundestag 1998: 63).

Mit Blick auf die Forschung zu Sekten und Sektenausstieg lassen sich drei Lernerfahrungen für Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Bereich Salafismus und salafistischer Dschihadismus identifizieren, die im Nachfolgenden kurz dargelegt werden.

##### 1.) Anwerbestrategien und Bindungstheorien

Zunächst ist es notwendig, die Erkenntnisse zu Anwerbestrategien und Gruppenbindungstheorien der Sektenforschung zu nennen. Hierzu gehört beispielsweise das Phänomen des

<sup>19</sup> Unter dem Begriff Bewusstseinskontrolle werden Verhaltenskontrolle, Gedankenkontrolle und die Gefühlskontrolle zusammengefasst. Leon Festingers Theorie der kognitiven Dissonanz spielte für die Entwicklung dieser Ansätze eine wesentliche Rolle. Die Stadien der Bewusstseinskontrolle sind: Aufbrechen, Verändern/Indoktrinieren, Fixieren/Stabilisierung des „neuen Menschen“. Siehe hierzu Hassan (1988) und <http://bit.ly/1o3EcDq> (14.2.2016).

„Love Bombing“. Dabei handelt es sich um eine Art organisierte Zuwendung, die ein Gruppenmitglied an die Gruppe binden soll (Gruppenbindungsstrategie). Hierbei wird einem neuen Gruppenmitglied eine erfahrene Person, die schon länger in der sozialen Gruppe ist, zur Seite gestellt. Diese übernimmt eine Beratungs- aber auch Kontrollfunktion für das neue Mitglied. Auch in salafistischen Gruppierungen kann teilweise die Begleitung der Jugendlichen durch Lebensältere oder „erfahrenere“ Personen (in diesem Fall „Brüdern und Schwestern“) beobachtet werden.

## 2.) Rückfall in alte Denkweisen

Des Weiteren sei der Rückfall in alte Strukturen, Denkweisen und Legitimationsmuster beobachtet worden. Diese Tendenz, wieder in alte Muster oder Gedankenkonstruktionen zu verfallen, wird in der Sekten- oder Kultforschung als Trigger-Momente, Flashbacks oder als *Floating* bezeichnet. Im Rahmen eines Ausstiegsprozesses kann der Wegfall von wesentlichen Identifikations- und Orientierungshilfen der jeweiligen religiösen Lehre unter Umständen bei den Betroffenen zu einer Sehnsucht nach vergangenen Zeiten oder zur Idealisierung des Erlebten führen. Auch persönliche Krisen, neue Herausforderungen, persönliche Überforderung oder eine Kontaktaufnahme durch alte Gruppenmitglieder können ggf. zu einem gedanklichen Rückfall führen. In diesen Phasen kann ein Rückfall zurück in die Denkweise, die Gefühlswelt und den Kontext der jeweiligen Gruppe stattfinden. Einige der Betroffenen befinden sich aus den genannten Gründen nach ihrem Ausstieg erneut auf der Sinnsuche und in einem Identitätsfindungsprozess, was sie unter Umständen erneut ansprechbar macht für neue Ideologien. Dabei scheint die Stabilität des „neuen Lebens“ eine zentrale Rolle zu spielen. Ähnliche Verhaltensweisen lassen sich auch bei den direkt Betroffenen im Bereich der salafistischen und dschihadistischen Radikalisierung beobachten. Eine Untersuchung der „Auslöser“ und destabilisierenden Faktoren für einen „ideologischen Rückfall“ wäre sehr hilfreich für die weitere Arbeit mit salafistischen und dschihadistischen Akteuren.

## 3.) Bezeichnung der Ratsuchenden – Zielgruppe

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der für die Arbeit mit Betroffenen diskutiert werden sollte, betrifft die Bezeichnung der Ratsuchenden. Im Ausstiegskontext konfliktträchtiger religiöser Anbieter (den sogenannten „Sekten“) werden die Beratungsnehmer unterschieden in Primär- und Sekundärbetroffene (Senatsverwaltung Berlin 2002: 118). Eine begriffliche Unterscheidung der persönlichen Betroffenheitsgrade erscheint in diesem Zusammenhang durchaus sinnvoll, da sich auch die Maßnahmen für die verschiedenen Zielgruppen unterscheiden können. Unter einer primären Betroffenheit werden Personen zusammengefasst, die sich aktiv in einer Gruppe einbringen und z.B. auch organisatorische Aufgaben oder Führungspositionen übernehmen, also die „radikalisierte Person“ selbst. Sekundärbetroffene nehmen die Radikalisierung der Primärbetroffenen als Erste wahr und sind häufig auch die Personen mit denen es im Alltag zu den ersten Konflikten und religiösen Debatten kommt. D.h. bei einem Primärbetroffenen gibt es in der Regel mehrere Sekundärbetroffene, die ebenfalls Beratung in Anspruch nehmen. „Zu diesen zählen Familienangehörige, Freunde, Bekannte, Nachbarn, Kommilitonen und Kollegen“ (Senatsverwaltung Berlin 2002: 118). Eine begriffliche Unterscheidung der Ratsuchenden ist



auch für den Bereich Salafismus und Dschihadismus nützlich, um Sachlagen präziser beschreiben und um Zielgruppen von Hilfsmaßnahmen besser benennen zu können.

## **4.2 Erkenntnisse und Lernerfahrungen aus der Forschung zu Rechtsextremismus**

Aus dem Bereich Rechtsextremismus lassen sich aus den Erfahrungen der Bundesprogramme des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wichtige Erkenntnisse ableiten.<sup>20</sup> Nachfolgende Überlegungen sollten unter der Prämisse der potenziellen strukturellen Vergleichbarkeit von Projekten betrachtet und nicht als Gleichsetzung von Salafismus und Rechtsextremismus verstanden werden.

Die Abschlussberichte<sup>21</sup> der Bundesprogramme schildern, dass sich die Strategie der Kooperation zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gegen Rechtsextremismus im Rahmen der Förderschwerpunkte „Demokratieförderung und Toleranzerziehung“, „Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft“ und „Interkulturelles/Interreligiöses/Geschichtliches Lernen/Antirassistische Bildung“ bewährt habe.<sup>22</sup> Während „Demokratieförderung“, „Toleranzerziehung“ und „Stärkung“ der demokratischen Bürgergesellschaft sicherlich auf den Salafismus übertragbar wären, müssten die übrigen Aspekte inhaltlich verändert bzw. angepasst werden.

Die Handlungsstrategien lokaler Aktionspläne erreichten starke bis mittelstarke Verbesserungen auf einem Index für wahrgenommene Veränderungen der lokalen Situation, besonders in den Bereichen „rechtsextremistische Erscheinungsformen“ und „Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit“ (BMFSFJ 2014: 46). Zudem wurde die zivilgesellschaftliche Aktivierung als weitgehend nachhaltig bestätigt. Ein Wirkzusammenhang zwischen der Förderung sozialer Integration, der Etablierung einer positiven Identifikation sowie Selbstwirksamkeitserfahrungen wurde ebenfalls konstatiert. Auch hier lassen sich Erfolg versprechende Vergleiche ziehen. Die Hinwendung zu Kontroll- und Selbstwirksamkeitsempfindungen sowie einer positiven (Gruppen-)Identifikation muss kein Alleinstellungsmerkmal der salafistischen Ideologie sein. Lokale Aktionspläne könnten hier intervenieren und hätten sogar den Vorteil der empirischen Vergleichbarkeit mit Aktionsplänen anderer Kommunen.

Auch in der Ausstiegsarbeit lassen sich, neben Kritik, einige positive Befunde veranschlagen. Es wird eine positive Wechselbeziehung zwischen gelungener Arbeitsmarktintegration und der Abkehr von rechtsextremistischen Einstellungen bescheinigt. Ferner wurde in knapp zwei Drittel der Fälle ein Szene-Ausstieg qua Individualbetreuung erzielt (Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung 2014: 99). Positive Verläufe werden

20 Das Programm „Demokratie leben“ fördert 2015–2019 über eine gewisse Zeit zum ersten Mal auch Modellprojekte gegen gewaltorientierte salafistische Phänomene. Erste Erkenntnisse bleiben abzuwarten.

21 Auf die allgemeine Problematik wissenschaftlicher Evaluation kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Für ein kritisches Hinterfragen siehe Lynen von Berg/Roth (2003).

22 Regiestelle Vielfalt/Zentralstelle kompetent. für Demokratie (2010: 15).

auch der individuellen Ausstiegsbegleitung des Aussteigerprogramms für Rechts-extremisten des Landes Nordrhein-Westfalen attestiert (Möller et al. 2015: 103).

Naheliegend für eine potenzielle Übertragbarkeit auf salafistische Phänomene sind die von Möller und Schuhmacher (2014: 8–9) untersuchten Konzepte aus der sozialarbeiterischen Praxis. Die systematische Analyse von Evaluationsberichten sozialarbeiterischer und pädagogischer Konzepte<sup>23</sup> offenbarte (1) die Wirksamkeit ebendieser Ansätze bei der Einhaltung professioneller Standards, (2) dass der Kontakt- und Vertrauensaufbau in der Anfangsphase wichtiger als politische Auseinandersetzung ist, (3) dass Überzeugungsarbeit auf kognitiver Ebene weniger wirkungsvoll als Erfahrungsorientierung ist (Kontroll-, Integrations- und Sinneserfahrung), (4) dass Beziehungsaufbau eine Schlüsselposition zukommt, (5) dass Hilfsangebote umso effektiver sind, je individualisierter sie gestaltet sind, (6) dass nur eine ganzheitliche Sicht der Komplexität der Problemlage angemessen ist, (7) dass Authentizität seitens der Fachkraft essenziell ist, (8) dass Kontinuität in der Arbeit gegeben sein muss und (9) dass die Grundversorgung aller Jugendlichen im Sozialraum gewährleistet sein sollte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Eine theoretische Übertragbarkeit einiger wirksamer Konzepte aus der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit mit Rechtsextremisten ist möglich. Insbesondere nicht-ideologische Handlungsansätze, die Kooperation zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, lokale Aktionspläne und zivilgesellschaftliche Aktivierung versprechen eine günstigere Kompatibilität und somit eine erhöhte Erfolgswahrscheinlichkeit.

## 5. Fazit

Die Ideologie und Bewegung des Salafismus stellt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar, die sich nicht allein auf sicherheitspolitische Maßnahmen und Interessen beschränken lässt. So beschränkt sich die Problematik salafistischer Einstellungen und Orientierungen aus pädagogischer Sicht nicht auf eine mögliche Bereitschaft zur Gewaltanwendung, sondern äußert sich bereits in antidemokratischen und freiheitsfeindlichen Einstellungen, der Abwertung von Andersdenkenden und dem Anspruch auf Normierung von und Dominanz gegenüber Anderen.

Dies spiegelt sich u.a. in der Vielzahl der Handlungsfelder präventiver Ansätze, die auf eine Sensibilisierung und Stärkung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Begegnung mit salafistischen Ansprüchen abzielen. Ähnlich mehrschichtig und mehrdimensional gestalten sich Maßnahmen der Distanzierung und Deradikalisierung. Auch hier machen die Erfahrungen verschiedener Träger die Notwendigkeit deutlich, auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Zugängen zu intervenieren, um eine Abwendung von salafistischer Ideologie und Szene zu ermöglichen. Sowohl Prävention als auch Deradikalisierung erfordern dabei ein Zusammenwirken und eine Vernetzung

23 Zur Kritik an sozialarbeiterischen und pädagogischen Konzepten, siehe Scherr (2003).

unterschiedlicher Akteure, die in ihren jeweiligen Rollen alternative Angebote aufzeigen können. In beiden Bereichen spielen auch staatliche Institutionen wie Schule, Verwaltung und Polizei eine wichtige Rolle; zugleich werden allerdings auch die Grenzen deutlich, die gerade den Sicherheitsbehörden in der Arbeit mit muslimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu den Themen Islam und Salafismus gesetzt sind. Zivilgesellschaftliche Träger – und darunter auch islamische Vereine und Verbände – erfahren dagegen häufig größere Akzeptanz und verfügen über leichtere Zugänge, um junge Muslime auch in sensiblen und gesellschaftlich kontroversen Fragen zu erreichen.

So verweisen die vorliegenden Erfahrungen auch auf den Einfluss von gesellschaftlichen Diskursen und politischen Rahmenbedingungen auf die Dynamik von Radikalisierungsprozessen. Dies betrifft nicht zuletzt fortwährende Debatten über die Zugehörigkeit von Musliminnen und Muslimen zur Gesellschaft und Fragen von Teilhabe und Gerechtigkeit, die die Entwicklung von persönlichen Perspektiven für potenziell „gefährdete“ Jugendliche und junge Erwachsenen erschweren.

Trotz der besonderen Hintergründe von religiös motivierten Radikalisierungen werden in einem Überblick über bestehende Angebote der Prävention und Deradikalisierung auch Parallelen zu ähnlichen Maßnahmen in anderen Themenfeldern deutlich. So greifen zahlreiche Ansätze zur Prävention salafistischer Einstellungen ausdrücklich auch auf Erfahrungen aus der Demokratie- und Antigewaltpädagogik zurück. In ähnlicher Weise lassen sich aus der langjährigen Arbeit mit Sekten und rechtsextremen Personen und Gruppen wichtige Erfahrungen für die Deradikalisierung von Personen aus salafistischen Szenen ableiten.

Ausgehend von diesen Überlegungen und Einschätzungen lassen sich konkrete Bedarfe und Handlungsempfehlungen formulieren, die die Weiterentwicklung und langfristige Etablierung der bisher verfolgten Ansätze ermöglichen würden.

## **6. Handlungsempfehlungen**

In den vorausgegangenen Abschnitten wurde betont, dass bereits zu den Ursachen und Wirkungszusammenhängen von islamistischer Radikalisierung kaum empirisch fundiertes Wissen vorliegt. Daher überrascht es wenig, dass sich dieser Befund auch auf die Gegenstrategien und -maßnahmen übertragen lässt bzw. der Forschungsstand eher als noch dünner zu bezeichnen ist. Diese Desiderate sind nicht zuletzt auch darin begründet, dass es sich um ein in Deutschland vergleichsweise junges Phänomen handelt. Um in absehbarer Zeit strukturierte und solide begründete Strategien zu entwickeln, Schwerpunkte zu setzen und Maßnahmen ggf. anzupassen, werden im Folgenden einige zentrale Erfordernisse formuliert. Zunächst werden die relevantesten Aspekte für den Bereich Forschung und Evaluation dargestellt, abschließend die – aufgrund des geringen Kenntnisstands relativ knapp gehaltenen – Themenschwerpunkte für den Praxisbereich. Dass diese Empfehlungen mit einer forcierten Forschungs- und Projektförderung einhergehen und hierfür finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden müssen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

## 6.1 Forschung und Evaluation

Im Bereich der Grundlagenforschung gilt es, in Zukunft Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozesse umfassend zu analysieren. Aufgrund der geringen Fallzahlen und des schwierigen Feldzugangs eignen sich hierfür vorwiegend Methoden der qualitativen und rekonstruktiven Sozialforschung und der Biografieforschung – wobei unterschiedliche disziplinäre Perspektiven relevant sind (insbesondere aus der Islamwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaft). Für die Praxis der Präventionsarbeit ist eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Radikalisierungsstufen und -phasen und daraus abgeleitet die Entwicklung eines Modells zur Identifikation von Risikogruppen von besonderem Interesse. Besonders notwendig erscheinen zudem komparative Analysen, die die Spezifika verschiedener Gruppen systematisch hervorheben. So gilt es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in (De-)Radikalisierungsprozessen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, Konvertiten und Nicht-Konvertiten, islamistischer und rechtsextremer Radikalisierung vergleichend zu untersuchen.

Bezogen auf die angewandte Forschung fehlt es derzeit unter anderem an einer systematischen Sammlung von Projekten, die sich in unterschiedlicher Breite und Tiefe mit Prävention im weitesten Sinne beschäftigen. Ein solches Mapping sollte idealerweise verschiedene Projekte kategorisieren. Hierfür ist eine kriteriengeleitete Typisierung von aktuellen und abgeschlossenen Projekten und Maßnahmen notwendig. Dabei sollte unterschieden werden, welche

- Ebene der Intervention angestrebt wird (Prävention/Deradikalisierung);
- Problemstellung und Ziele formuliert werden;
- Ziel- und Altersgruppe angesprochen wird und welche Bereiche und Handlungsfelder hier bearbeitet werden (Schule, Ganztagsbetreuung, Jugendhilfe, JVA, aufsuchende und stationäre Sozialarbeit usw.);
- Themenschwerpunkte bzw. thematischen Zugänge eingesetzt werden (politische Bildung, religiöse Bildung, soziale Kompetenz, Medienkompetenz, Gewaltprävention etc.);
- Methoden eingesetzt werden (Einzelfallarbeit, Gruppenarbeit, Sozialraumorientierung, Unterricht/Projektarbeit, Online-Arbeit, Gemeindeförderung etc.);
- Akteure und Kooperationspartner zusammenarbeiten (religiöse Gemeinden, Sicherheitsbehörden, soziale Organisationen, kommunale Akteure etc.).

Auf dieser Grundlage ließen sich zunächst quantitative Schwerpunkte benennen, wodurch sichtbar würde, in welchen Bereichen derzeit ein starkes Engagement vorliegt und in welchen wenige bzw. keine Projekte vorliegen. Ein solcher Überblick ermöglicht zunächst zielgerichtet den Status Quo der Angebote zu beurteilen sowie Netzwerkstrukturen aufzubauen bzw. diese zu ermöglichen. Darüber hinaus ließen sich Bereiche identifizieren, in denen eine weitere Förderung notwendig und Erfolg versprechend erscheint.

Neben dieser deskriptiven und typisierenden Analyse des Vorliegenden gilt es, eine begleitende Evaluationskultur zu etablieren, die Verbindlichkeit, gewisse wissenschaftliche Standards, Transparenz und auch eine Fehlerkultur vereint. Insbesondere der letzte Punkt

ist von außerordentlicher Relevanz. Denn die Analyse und Diskussion von misslungenen Projekten bzw. von nicht erwünschten Nebeneffekten bieten mitunter den größten Lernerfolg für die Zukunft. Der Zwang, ein jedes Projekt als ein erfolgreiches darzustellen, erscheint als eines der größten Hindernisse für wissenschaftliche Begleitungen und Evaluationen. Neben einer externen Erhebung von relevanten Daten und Erfahrungen (etwa Anzahl der erreichten Personen, Zufriedenheit der Mitarbeiter und der Zielgruppe etc.) gilt es – nach Möglichkeit – die Wirksamkeit von Maßnahmen zu ermitteln. Hierfür spielen Änderungen im Hinblick auf Verhalten, Einstellung und Kompetenzen die zentrale Rolle. Die Erfahrungen, Hindernisse und Problemstellungen aus vergleichbaren Kontexten sollten von Beginn an berücksichtigt werden (hierzu u.a. Roth et al. 2010; Heitmeyer 2003; Glaser/Schuster 2007).

## 6.2 Politische und pädagogische Praxis

Die systematische Integration der für dieses Themenfeld relevanten Inhalte in der Aus- und Fortbildung von Fachkräften in Schule, Jugendhilfe, Verwaltung, Polizei, Jugendvollzugsanstalt und Jugendarrestanstalt erscheint äußerst dringlich und wird zudem enorm nachgefragt. Fachkräfte, die weitgehend gewohnt sind, die eigene Handlungspraxis kritisch zu reflektieren, profitieren bereits durch die Bereitstellung von grundlegenden Informationen zum Phänomen der religiösen Radikalisierung. Diese Aus- und Fortbildungsprogramme sollten mit dem Forschungsstand ausgebaut und weiterentwickelt werden. Hier gilt es, Wissenschaft und Aus- und Fortbildung strukturell zu koppeln.

Die schulische Unterrichtsentwicklung sollte sich verstärkt den inhaltlichen Interessen und Bedürfnissen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund widmen (Diskriminierung, Islamfeindlichkeit, internationale Konflikte, Religionen etc.) und damit auch Ansätze der interkulturellen Pädagogik und der „*diversity education*“ aufgreifen. Dazu gehören auch Aspekte der Schulentwicklung („demokratische Schule“) sowie die interkulturelle Öffnung von Bildungsinstitutionen, mit denen die institutionelle Repräsentation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und damit auch deren Identifikation mit der jeweiligen Einrichtung gestärkt würde. In individuellen Krisensituationen sollten Hilfsangebote interdisziplinär gewährleistet werden.

Auf der Projektebene sollte eine Förderung unterschiedlicher Projekttypen und -ansätze angestrebt und programmatisch verankert werden. Dazu gehört die erfahrungsbasierte Arbeit von unterschiedlichen Organisationen mit verschiedenen Ansätzen, Schwerpunkten und Zielgruppen. Ähnlich wie im Bereich des Rechtsextremismus kommt dabei gerade zivilgesellschaftlichen Akteuren eine besondere Bedeutung zu. Anders als staatliche Akteure genießen sie in der Regel deutlich größere Akzeptanz in den betreffenden Zielgruppen. Thematisch sollten in Projekten und Maßnahmen sowohl politische, soziale und religiöse als auch kombinierte Ansätze Berücksichtigung finden. Vor dem Hintergrund von Evaluationen und Forschungsergebnissen können im Zeitverlauf zielgerichtete Förderprogramme implementiert werden. Hinsichtlich der räumlichen Ausrichtung von Projekten kommt lokal und kommunal verankerten Ansätzen besonderes Gewicht zu (Sozialraumorientierung). Die Einbindung von lokalen muslimischen Gemeinden ist

sinnvoll, wobei auf eine Repräsentation unterschiedlicher Akteure zu achten wäre. Gleichzeitig sollte eine Konzentration auf islamische Akteure vermieden werden. Auch hier ist die Vielzahl der Faktoren in Radikalisierungsprozessen zu berücksichtigen, die sich nicht auf die Aspekte Religion und religiöse Zielgruppe begrenzen lassen. Relevant sind zudem Projekte, die den Bedeutungszuwachs von Online-Medien im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgreifen und alternative (nicht-religiöse und religiöse) Angebote entwickeln können. Auch ein Austausch auf europäischer Ebene sollte ermöglicht werden, um aus den Erfahrungen anderer europäischer Länder zu profitieren und diese auf lokale Kontexte zu übertragen. Entscheidend ist für die Projektarbeit in jedem Falle, dass Evaluationen systematisch in die Projekte integriert werden. Zudem müssen die pädagogische Nachhaltigkeit und die Vernetzung und Kooperation von unterschiedlichen Akteuren in umfassender Weise berücksichtigt werden. Eine Sammlung und Publikation von „Good Practice“-Beispielen könnte Orientierung stiften. Zugleich lassen sich präventive und deradikalisierende Ansätze nicht auf Projektarbeit beschränken. Angestrebt werden sollte eine langfristige und flächendeckende Implementierung erfolgreicher Ansätze in den Regelangeboten der Bildungsarbeit und Jugendhilfe.

Angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen, die in den vergangenen Monaten in den Kommunen aufgenommen wurde, ist eine verstärkte Berücksichtigung dieser Bevölkerungsgruppe als Zielgruppe präventiver Ansätze notwendig. Dabei sind psychische Belastungen durch Flucht und Vertreibung, aber auch durch Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus, sowie die vielfach prekären Lebensbedingungen als Faktoren zu berücksichtigen, die eine Hinwendung zu radikalen Weltbildern und Gemeinschaftsangeboten befördern können.

Auf der politischen Ebene können unterschiedliche Strategien positiv wirken. Insgesamt sollte die Förderung von bereits existierenden Programmen fortgesetzt werden sowie in neue Modellprojekte investiert werden. Zudem sollte eine langfristige und strukturelle Verankerung von Ansätzen angestrebt werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit gehört hierzu auch der Anspruch, Erfahrungen aus der Projektarbeit bundesweit zu transferieren und eine Übernahme in Regelangebote anzustreben.

In Bezug auf den Bereich des Ausstiegs aus radikalen Gruppen können auch auf staatlicher Seite verschiedene Aspekte optimiert werden, etwa Zeugenschutzprogramme (wie sie auch im Bereich des Rechtsextremismus existieren) und das Angebot psychologischer Betreuung (beispielsweise für Rückkehrer und ihre Familien). Prävention und Deradikalisierung sollten auf unterschiedlichen Ebenen auch in Gefängnissen eine zunehmende Rolle spielen, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene.

Zudem gilt es, den gesamten Bereich der interkulturellen Öffnung der Institutionen weiter voranzutreiben. Gemeinschaftsangebote und die Möglichkeit zur Erfahrungen von Zugehörigkeit sollten verstärkt werden. Auch eine Leitbildkommission für die deutsche Gesellschaft und die Integration von Musliminnen und Muslimen wären denkbar. Wünschenswert wäre eine umfassendere Ausweitung des islamischen Religionsunterrichts sowie gemeinsamer Unterrichtsangebote (Ethik).

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Bedeutung politischer und medialer Diskurse für das Selbstverständnis von Muslimen hinzuweisen. So verweisen Studien über Einstellungen und Orientierungen von Muslimen in Deutschland auf den negativen Einfluss stigmatisierender Debatten auf die Identifikation mit und das Gefühl von Zugehörigkeit zur Gesellschaft.<sup>24</sup> Gleichwohl beschränkt sich die Rolle der Politik nicht auf eine solche diskursive Ebene. Identifikation und Zugehörigkeit sind abhängig von Erfahrungen realer Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten, die auf rechtlicher und politischer Ebene zu schaffen und zu gewährleisten wären.

24 Stigmatisierende Debatten zur Frage „Wie viel Islam verträgt Deutschland?“ oder die „Sarrazin-Debatte“. Zu Studien siehe Öktem (2013) und Frindte et al. (2012: 574–592).

## Literatur

- Baran, Zeyno* 2005: Fighting the War of Ideas, in: *Foreign Affairs*, 84:6, 68–78.
- Bauknecht, Bernd R.* 2014: Mit Islamischem Religionsunterricht gegen Extremismus, in: El-Gayar, Wael/Strunk, Katrin (Hrsg.): *Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland*, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 139–146.
- Berrissoun, Mimoun* 2014: Extremismusprävention im Frühstadium. Initiative 180 Grad Wende als innovativer Lösungsansatz und Modellprojekt, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 7:3, 389–401.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)* 2014: Abschlussbericht des Bundesprogramms Toleranz fördern – Kompetenz stärken, <http://bit.ly/1RM6YVn> (1.2.2016).
- BPB (Bundeszentrale für politische Bildung)* 2012: *Salafismus in der Demokratie (Entscheidung im Unterricht 2/2012)*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Christmann, Kris* 2012: Preventing Religious Radicalisation and Violent Extremism: A Systematic Review of the Research Evidence, <http://bit.ly/1TnENvM> (3.2.2016).
- Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael* 2013: *Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention*, Wiesbaden: Springer.
- Cultures Interactive* 2015: *WomEx – Women and Gender in Extremism. Genderaspekte im Rechtsextremismus und religiösen Fundamentalismus, Handlungsempfehlungen für verschiedene Bereiche der Prävention und Intervention*, <http://bit.ly/1Ql0BDd> (23.1.2016).
- Curvello, Lima/Müller-Hofstede, Christoph* 2011: Konzeption und methodische Ansätze des Modellprojekts, in: Robert Bosch Stiftung/Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Jugend, Demokratie, Religion. Politische Bildung mit Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft*, Bonn: Robert Bosch Stiftung.
- Czarnyan, Herbert/Pismek, Halit* 2014: Das Netzwerk Essen-Katernberg. Ein Praxisbeispiel für eine gelungene Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Moscheen, in: El-Gayar, Wael/Strunk, Katrin (Hrsg.): *Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland*, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 162–169.
- Dantschke, Claudia* 2011: Ausstieg aus dem islamistischen Extremismus, Vortrag bei „Extremismus – Einstieg und Ausstieg“, Fachtagung zur Neuausrichtung von Ausstiegshilfen, <http://bit.ly/1PQ2BUH> (20.1.2016).
- Demirel, Aycan/Niehoff, Mirko* 2013: ZusammenDenken. Elf Thesen zur Islamismusprävention an Schulen, in: *KIGA* 2013: 22–31.
- Deutsche Islam Konferenz* 2013: Initiative „Gemeinsam gegen gesellschaftliche Polarisierung“. Eckpunkte einer Förderung der Prävention von gesellschaftlicher Polarisierung in der Jugendarbeit, <http://bit.ly/1U7cna8> (19.10.2015).



- Deutscher Bundestag (Hrsg.)* 1998: Endberichte der Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“, Drucksache 13/10950.
- Eidler, Kurt* 2015: Islamismus als pädagogische Herausforderung. Stuttgart: Kohlhammer.
- El Difraoui, Asiem* 2012: jihad.de. Jihadistische Online-Propaganda: Empfehlungen für Gegenmaßnahmen in Deutschland, SWP-Studien 2012/S 05, Berlin.
- El-Mafaalani, Aladin* 2010: Antisemitische Einstellungen bei muslimischen Jugendlichen in Deutschland, in: Politisches Lernen, Ausgabe 28:1-2, 19-23.
- El-Mafaalani, Aladin* 2014: Salafismus als jugendkulturelle Provokation. Zwischen dem Bedürfnis nach Abgrenzung und der Suche nach habitueller Übereinstimmung, in: Schneiders, Thorsten G. (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld: transcript, 355-362.
- Fahim, Amir A.* 2013: Migrationshintergrund und biographische Belastungen als Analyse-kriterien von Radikalisierungsprozessen junger Muslime in Deutschland, in: Herding, Maruta (Hrsg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte, Halle: Verlag Deutsches Jugendinstitut, 40-56.
- Frindte, Wolfgang/Boehnke, Klaus/Kreikenbom, Henry/Wagner, Wolfgang* 2012: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin: Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend.
- Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung (Hrsg.)* 2014: Evaluation des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Abschlussbericht mit einer zusammenfassenden Betrachtung des Förderzeitraums 2010 bis 2013, <http://bit.ly/1U79ZQC> (1.2.2016).
- Glaser, Michaela/Schuster, Silke* 2007: Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen, Halle: Verlag Deutsches Jugendinstitut.
- Hamdan, Hussein/Schmid, Hansjörg* 2014: Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit, Weinheim: Beltz Juventa.
- Hassan, Steven* 1988: Combating Cult Mind Control, Glasgow: Park Street Press.
- HAW (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg)/ufuq.de (Hrsg.)* 2014: Wie wollen wir leben? Filme und Methoden für die pädagogische Praxis zu Islam, Islamfeindlichkeit, Islamismus und Demokratie, Hamburg.
- Heitmeyer, Wilhelm* 2003: Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms „CIVITAS – initiativ gegen Rechts-extremismus in den neuen Bundesländern“, Berlin: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
- Hemminger, Hansjörg* 1995: Was ist eine Sekte?, Ostfildern: Grünewald.
- Herding, Maruta* 2013: Forschungslandschaft und zentrale Befunde zu radikalem Islam im Jugendalter, in: Herding, Maruta (Hrsg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte, Halle: Verlag Deutsches Jugendinstitut, 21-39.

- Horgan, John 2008: Deradicalisation or Disengagement? A Process in Need of Clarity and a Counterterrorism Initiative in Need of Evaluation, in: Perspectives on Terrorism, 2:4, 3–8.
- ISD (Institute for Strategic Dialogue) 2010: The Role of Civil Society in Counter-Radicalisation and De-Radicalisation, PPN Working Paper, <http://bit.ly/24B5ceX> (15.12.2015).
- Kassar, Yasmin/Piberger, Patricia 2013: Selbstbewusstsein stärken, Reflexionsfähigkeit fördern. Eine schulische Seminarreihe zur Islamismusprävention für die Sekundarstufe I, in: KIgA 2013: 42–45.
- KIgA (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Hrsg.) 2013: ZusammenDenken. Ein Projekthandbuch, Berlin: KIgA.
- Kiefer, Michael 2014: Dialog als Mittel der Radikalisierungsprävention. Das Dialoggruppenprojekt „Ibrahim trifft Abraham“, in: El-Gayar, Wael; Strunk, Katrin (Hrsg.) Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 125–139.
- Lachenmann, Akiko 2014: Ob das wirklich in Allahs Sinne ist? Badische Zeitung, 9. April 2014.
- Leistner, Alexander/Schau, Katja/Johansson, Susanne 2014: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“. Berichtszeitraum 1.1.2011–31.12.2014, Halle.
- Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland 2003: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen, Opladen: Leske + Budrich.
- McCauley, Clark/Moskalenko, Sophia 2008: Mechanisms of Political Radicalization: Pathways Toward Terrorism, in: Terrorism and Political Violence, 20:3, 415–433.
- Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils 2014: Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. Akteure, Projekte, Ansätze und Handlungsfelder, Berlin: BIK Netz.
- Möller, Kurt/Küpper, Beate/Buchheit, Frank/Neuscheler, Florian 2015: Evaluation des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten des Landes Nordrhein-Westfalen, Esslingen: MIK NRW.
- Müller, Jochen/Nordbruch, Götz/Ünlü, Deniz 2014: „Wie oft betest Du?“ Erfahrungen aus der Islamismusprävention mit Jugendlichen und Multiplikatoren, in: El-Gayar, Wael/Strunk, Katrin (Hrsg.): Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 147–161.
- Neumann, Peter 2013: Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29–31/2013, 3–10.
- Öktem, Kerem 2013: Signale aus der Mehrheitsgesellschaft. Auswirkungen der Beschneidungsdebatte und staatlicher Überwachung islamischer Organisationen auf Identitätsbildung und Integration in Deutschland, <http://bit.ly/1QpQfSy> (19.2.2016).

- Policy Planners' Network* 2010: The Role of Civil Society in Counter-Radicalisation and Deradicalisation, Institute for Strategic Dialogue UK, <http://bit.ly/24B5ceX> (3.3.2016).
- ProPK (Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Hrsg.)* 2014: Mitreden! Kompetent gegen Islamfeindlichkeit, Islamismus und dschihadistische Internetpropaganda, Stuttgart, <http://bit.ly/1KxQBEr> (7.3.2016).
- Rabasa, Angel/Pettyjohn, Stacie L/Ghez, Jeremy J./Boucek, Christopher* 2010: Deradicalizing Islamist Extremists, Santa Monica, CA: RAND.
- Regiestelle Vielfalt/Zentralstelle kompetent. für Demokratie (Hrsg.)* 2010: Abschlussbericht der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, <http://bit.ly/1QkZOlx> (1.2.2016).
- Roth, Roland/Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta* 2010: Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin: Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.
- Sauerborn, Dirk* 2014: Zwischen Harmonie und Konsequenz. Der Kontaktbeamte der Polizei zu muslimischen Institutionen, in: El-Gayar, Wael/Strunk, Katrin (Hrsg.): Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 170–179.
- Scherr, Albert* 2003: Pädagogische Konzepte gegen Rechts. Was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden?, in: Lynen von Berg,/Roth 2003: 249–262.
- Schmid, Alex* 2013: Radicalisation, Deradicalisation, Counter-Radicalisation: A Conceptual Discussion and Literature Overview, International Centre for Counter-Terrorism, <http://bit.ly/1oIVSoU> (3.2.2016)
- Schmid, Alex* 2014: Violent and Non-Violent Extremism: Two Sides of the Same Coin? Den Haag: International Centre for Counter-Terrorism.
- Schreithauer, Herbert/Rosenbach, Charlotte/Niebank, Kay* 2012: Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Expertise, Bonn: Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention.
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.)* 2014: Islam und Schule. Ein Handbuch für Pädagoginnen und Pädagogen, Berlin.
- Senatsverwaltung Berlin (Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Sport, Hrsg.)* 2002: Alles Sekte – oder was? Risiken und Nebenwirkungen, Berlin: Senatsverwaltung Berlin.
- Singer, Magret T./Lalich, Janja* 1997: Sekten. Wie Menschen ihre Freiheit verlieren und wiedergewinnen können, Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.
- Steinhausen, Margarethe* 2005: Ehre – Stolz – Scham. Islam im Kiez, Dokumentarfilm, Matthias-Film.

- Thielmann, Jörg* 2014: Schweigen? Die deutschen islamischen Verbände und die Salafisten, in: Schneiders, Thorsten G. (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld: transcript, 423–432.
- Ufuq.de (Hrsg.)* 2015: Protest, Provokation oder Propaganda? Handreichung zur Prävention salafistischer Ideologisierung in Schule und Jugendarbeit, Berlin: Ufuq.de.
- Uhl, Alfred* 2005: Präventionsansätze und -theorien, in: Wiener Zeitschrift für Suchtforschung, 28:3, 39–45.
- Uslucan, Haci-Halil* 2011: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Erwartungen und Vorbehalte, in: Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.): Islamischer Religionsunterricht in Deutschland. Perspektiven und Herausforderungen, Nürnberg: Deutsche Islam Konferenz, 27–49.
- Vermeulen, Floris/Bovenkerk, Frank* 2012: Engaging with Violent Islamic Extremism: Local Policies in Western European Cities, Den Haag: Eleven International Publishing.
- Violence Prevention Network (Hrsg.)* o.J.: MAXIME Berlin. Interkulturelles/interreligiöses Präventionsprojekt zur Toleranz- und Demokratieentwicklung, <http://bit.ly/1QNX4xN> (19.2.2016).
- Zaghdoud, Halima* 2014: Interkultureller Dialog zur Aktivierung und Partizipation von Jugendlichen in der Einwanderungsgesellschaft, in: El-Gayar, Wael/Strunk, Katrin (Hrsg.): Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 112–124.